

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2
Fernsprecher: Amt F 7 Jannowitz 6191

Berlin, den 19. November 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Empor aus eigener Kraft!

In der von sozialen Spannungen erfüllten Gegenwart wird viel über den Klassenkampf geredet und geschrieben. Dem deutschen Unternehmertum steht eine große Presse zur Verfügung, die sich täglich über den Klassenkampf der Arbeiter entrüstet und Gift und Galle auf die Gewerkschaften speit, weil sie sich für die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen einsetzen. Gleichzeitig predigt diese Presse fortgesetzt mit ölgigen Worten den Volksgemeinschaftsgedanken, der ihr aber nur dann verwirklicht erscheint, wenn der Unternehmer unumschränkt „Herr im Hause“ ist. Merkwürdige Klassenkämpfer sind auch die Nationalsozialisten. Sie erklären den Marxismus als ihren Todfeind. Sie sind der Meinung, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern besteht. Ihr Führer Adolf Hitler hat sich wiederholt in Wort und Schrift in den ärgsten Ausdrücken gegen den Klassenkampf ergangen. Im Jahre 1923 hat er sogar gegen streikende Arbeiter die Todesstrafe verlangt. Wenn man aber mit Hilfe von Streiks glaubt, erbärmliche politische Manöver zu sehr durchsichtigen Partezwecken machen zu können, dann verbündet man sich sogar mit der sonst so sehr verabscheuten „Kommune“ und inszeniert solche Aktionen, auch wenn dabei mit dem Schicksal der beteiligten Arbeitnehmer Schindluder getrieben wird, wie das im Falle des Berliner Verkehrstreiks geschehen ist. Hört man die Kommunisten, dann sind sie und ihre RGO. die einzig wahren Klassenkämpfer. Ihre Verbrüderung mit der NSBO. des Herrn Hitler beim Berliner Verkehrstreik zeigt drastisch, was daran richtig ist.

Gegen den Klassenkampf redet auch der Reichskanzler von Papen. Er hat das im Lauf der letzten Monate wiederholt getan. Aber was hat der Reichskanzler und seine Regierung sonst noch getan? Manches! Er hat die Löhne abgebaut und die Unterstützungen und Renten aus der sozialen Versicherungsgesetzgebung. Er hat die stärksten Eingriffe in das Tarifrecht vorgenommen. Er bereitet eine Verfassungsreform vor, die die arbeitenden Schichten des Volkes politisch entmündigen soll. Er hat durch die Reichsregierung in Preußen die Vertrauensmänner des Volkes rücksichtslos aus den Beamtenstellungen entfernt. Das hat der Reichskanzler gemacht, der auch bei den Reichstagswahlen am 6. November eine schwere Niederlage erlitten hat, der nur die Getreuen des Geheimrats Hugenberg hinter sich hat und der sich auf nichts anderes stützen kann als auf den Herrenklub und die Bajonette der Reichswehr. Und wenn der Herr Reichskanzler auf der anderen Seite Kontingente ausschreibt und Steuergutscheine an die Arbeitnehmer verteilt, während er für die Arbeitnehmer nichts anderes übrig hat als einen unerhörten Druck auf ihren Lebensstandard, dann tut man ihm und seiner Regierung

nicht unrecht, wenn man das als schärfsten Klassenkampf bezeichnet von oben her gegen die Arbeiterklasse.

Auf welcher Seite bei diesen Auseinandersetzungen die Moral und das Recht stehen, ist nicht zweifelhaft. Die Arbeiterschaft kämpft um die Gewährleistung einer menschenwürdigen Existenz, die Kapitalistenklasse ringt um die Wahrung und Mehrung des Profits. Der Herrenklub und seine Trabanten wollen Vorrechte, das schaffende Volk verteidigt sein politisches Selbstbestimmungsrecht. Darum allein geht es in der Gegenwart und nicht um ein Sowjetdeutschland oder ein „Drittes Reich“ des Hakenkreuzes, zwei Phantome, die heute mehr als jemals in nebelhaften Fernen gerückt sind. Das den Massen klar zu machen, die, von der tönenden Phrase betäubt und von der wirtschaftlichen und sozialen Not mürbe gemacht, im Scheinradikalismus des sogenannten Nationalsozialismus und der Kommunisten die Rettung erblicken, ist die Aufgabe unserer Agitationsarbeit.

Erinnern wir uns an ein Wort von Karl Marx: „Die gesellschaftliche Macht der Arbeiterklasse beruht in ihrer Zahl. Die Macht der Zahl wird aber gebrochen durch ihre Uneinigkeit.“ Das gilt vor allem auch für die gewerkschaftliche Organisation. Geschlossenheit und Einigkeit sind hier die Grundvoraussetzungen für jedes erfolgreiche Wirken. Kommunisten und RGO., Nazis und NSBO. wollen diese Geschlossenheit und Einigkeit zerstören. Dort, wo sie mit ihrer Wühlarbeit gegen die Gewerkschaften Teilerfolge gehabt haben, hat die Arbeiterschaft diese traurigen Erfolge der radikalen Propaganda mit schweren wirtschaftlichen Niederlagen büßen müssen. Umkehr und Rückkehr in die gewerkschaftliche Organisation ist deshalb bitter notwendig.

Empor aus eigener Kraft! Wie ein Flammenzeichen steht dieser Satz über der ganzen Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Was die deutsche Arbeiterschaft an Rechten und Geltung besitzt, ist das Ergebnis des jahrzehntelangen opferwilligen Kampfes, den sie mit der Waffe ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation geführt hat.

Heraus aus der Krise und vorwärts zu neuem Aufstieg! Das ist der Sinn und Zweck der großen neuen Werbeaktion, die wir in diesen Wochen für unseren Gesamt-Verband durchführen wollen. Die bevorstehende Beiratstagung des Verbandes wird die Fundamente für diesen neuen Aufstieg legen. Erprobt und gestählt in vielen Kämpfen werden unsere Funktionäre und Mitglieder draußen im Lande alles daran setzen, um durch einen weiteren Ausbau unserer Organisation dem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Berufskollegen und darüber hinaus der gesamten Arbeiterbewegung zu dienen. **Verbandskollegen, wir rufen euch alle zu neuer Werbearbeit, zu neuem Kampf!** A. Reifner.

Allmähliche Wendung der politischen Entwicklung

Betrachtet man die Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen, so ergibt sich, daß der Rückgang der Nazis — der im Reichsdurchschnitt etwa 15 Prozent beträgt — sich sehr verschieden auf die einzelnen Gegenden des Reiches verteilt. Wir haben bereits bei der Betrachtung der Juliwahl darauf hingewiesen, daß die Nazis in nichtkatholischen und, von wenigen Ausnahmen (Merseburg, Chemnitz-Zwickau) abgesehen, in wenig industrialisierten Gegenden besonders stark sind. Das hat sich auch jetzt nicht geändert. Nach wie vor sind die agrarischen nichtkatholischen Bezirke die Hochburgen des Nationalsozialismus. Auffallend ist auch, daß die Nazis gerade in den Bezirken, in denen sie besonders stark vertreten waren, wesentlich zurückgegangen sind. Während sie im Juli allein in 5 Wahlkreisen mehr als 48 Proz. aller Stimmen hatten und in Schleswig-Holstein sogar die absolute Mehrheit, ist jetzt nur in Schleswig-Holstein ihr Anteil stärker als 45 Proz., nämlich 45,5 Proz., so daß sie hier auch die absolute Mehrheit verloren haben. Es war das heiße Bestreben Hitlers, nachdem er bei den bürgerlichen Parteien an den Grenzen seiner Ausdehnungsmöglichkeiten angelangt war, in den Kreisen der Arbeiterschaft größeren Anhang zu gewinnen. Denn schließlich darf man nicht vergessen, daß er unter der Firma einer „Arbeiterpartei“ auftritt und ausgezogen war, den „Marxismus“ zu vernichten, dem all sein glühender Haß gilt. Das ist ihm nun vollkommen daneben gelungen — trotz der Waffenbrüderschaft mit den Kommunisten im Berliner Verkehrstreik. Denn gerade in den reinen Industriekreisen, wo die marxistischen Parteien ihre stärksten Stellungen haben, ist der Verlust der Nazis besonders auffällig. So beträgt der Verlust in Merseburg 21, Köln-Aachen 20, Hamburg 19, Düsseldorf-Ost 18,8, Dresden-Bauhen 17 Proz., gegen 15 Proz. im Reichsdurchschnitt. Erfreulich ist auch die Tatsache, daß SPD. und KPD. zusammen jetzt wieder erheblich stärker sind als die Nazis. Während im Juli die Nazis um fast 450 000 Stimmen stärker waren als die beiden proletarischen Parteien, sind nach dem jetzigen Stand diese um fast 1,5 Millionen stärker als die Nazis. Für jemanden, der den „Marxismus“ besiegen wollte, gewiß kein Zeichen des Erfolges. Wenn man bedenkt, daß unzweifelhaft der größte Teil der sozialdemokratischen Verluste den Kommunisten zugute gekommen ist (wobei noch zu beachten ist, daß die Zunahme der KPD. hinter dem Verlust der SPD. um rund 115 000 Stimmen zurückbleibt), so ergibt sich zwingend die Tatsache, daß die Nationalsozialisten nicht sehr viel Stimmen an die KPD. verloren haben können. In einigen Bezirken ist der Gewinn der KPD. sogar stärker als der Verlust der SPD., daß hier ein Zuwachs der Kommunisten aus den Reihen früherer nationalsozialistischer Wähler offensichtlich stattgefunden haben muß. Das ist z. B. der Fall in Merseburg, Weser-Ems, Südhannover, Leipzig und Chemnitz, Baden, Hamburg.

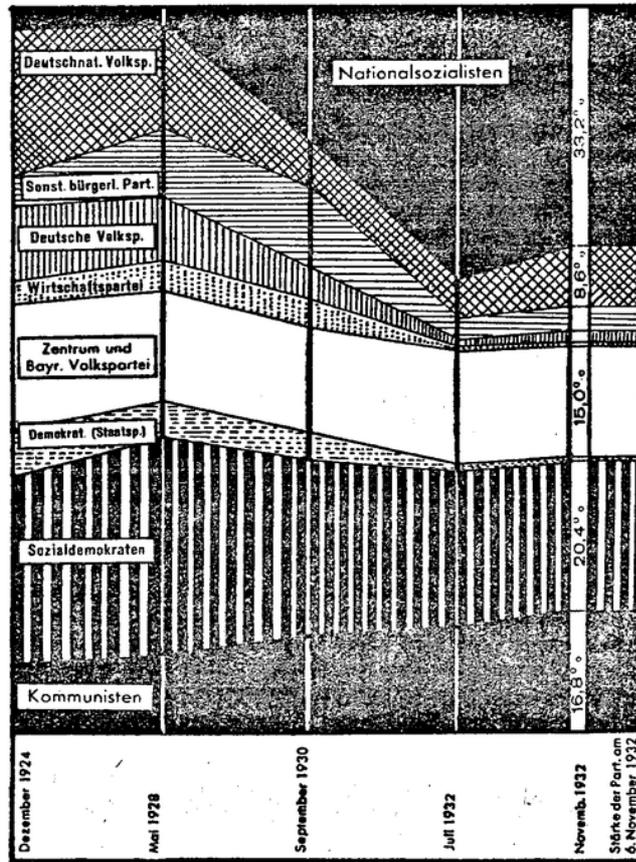
In den nationalsozialistisch regierten Ländern Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin, wo die Nazis bei den letzten Landtagswahlen die absolute Mehrheit hatten, haben sie weit über 20 Prozent verloren. In beiden Ländern wäre es, wenn jetzt Landtagswahlen stattgefunden hätten, aus mit ihrer Mehrheit. Und in Koburg, dem Prunkstück der nationalsozialistischen Gemeindepolitik, ist ihre Wählerzahl um 34 Prozent zurückgegangen! Jetzt versteht man auch, warum die Nazis nach der absoluten Macht gieren und jede verantwortliche Mitarbeit scheuen

wie der Teufel das Kreuz. Die enttäuschten Wählermassen würden furchtbar mit ihnen abrechnen, wenn das Volk nach der Machtergreifung der Nazis noch einmal Gelegenheit hätte, mit dem Stimmzettel über sein Schicksal zu entscheiden. Darum sind die Nazis die Todfeinde der Demokratie. Wenn nicht alles täuscht, bedeutet der 6. November — welche schwere Kämpfe auch dem Proletariat noch bevorstehen mögen — eine Wendung in der politischen Entwicklung. Eine Wendung, die, auf lange Sicht gesehen, der Demokratie und dem Sozialismus den Weg zum endgültigen Siege öffnet.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Kommunisten wiederum auf Kosten der Sozialdemokratie gewonnen haben. Die KPD. hat um rund 604 000 Stimmen gleich 11 Proz. zugenommen, die SPD. hat 722 000 Stimmen gleich 9 Proz. verloren. Zusammen sind beide Parteien der absoluten Stimmziffer nach um rund 120 000 schwächer als im Juli, aber ihr prozentualer Anteil an der Gesamtstimmzahl ist infolge der schwächeren Wahlbeteiligung von 36,1 auf 37,2 Proz. gestiegen. Bemerkenswert ist es, daß mit Ausnahme der Berliner Bezirke und Hamburg die Kommunisten ihre prozentual stärkste Zunahme in den rein agrarischen norddeutschen Bezirken und in Süddeutschland erfahren haben. Damit hat sich eine Bewegung fortgesetzt, die bereits bei den Juliwahlen deutlich zu erkennen war. In verschiedenen Industriebezirken ist die Zunahme der Kommunisten auffallend gering, wie z. B. in Düsseldorf-Ost, Köln-Aachen; in Oppeln haben sie sogar verloren. Auch in Pommern und Ostpreußen entspricht der Gewinn der Kommunisten bei weitem nicht dem Verlust der SPD. Neben dem Rückgang des faschistischen Nationalsozialismus zugunsten einer Stärkung der reaktionären Deutschnationalen — die die jetzige regierende Herrenklasse verkörpern — bleibt die Verschiebung des Stärkeverhältnisses zwischen den beiden proletarischen Parteien das wichtigste Ergebnis dieser Wahl. Es entspricht nicht unseren Gepflogenheiten, zu verschweigen, daß diese Tatsache zu ernsthafter Ueberlegung An-

Entwicklung der Parteien von Dezember 1924 bis November 1932

(in Prozenten der abgegebenen Stimmen)



laß gibt. Denn wenn diese Entwicklung weiter ginge, so daß eines Tages die KPD. gleich stark neben der Sozialdemokratie stände und die Kommunisten ihre bisherige Haltung gegenüber der Sozialdemokratie nicht aufgeben, kann sich jeder selbst ausrechnen, daß damit der machtpolitische Einfluß der deutschen Arbeiterklasse fast auf den Nullpunkt sinken würde. Aber wir glauben an das politische Bewußtsein und die Einsicht der gesamten deutschen Arbeiterklasse einschließlich derjenigen, die heute unter der Sowjetflagge marschieren. Darum stimmen wir der „Wiener Arbeiterzeitung“ zu, wenn sie u. a. ausführt, es sei durchaus begrifflich, wenn die bisherige Colerierungs-politik der Sozialdemokratie, die große unmittelbare Interessen der Arbeiterklasse zurückgestellt hat, um den Sieg des Faschismus und damit die völlige Vernichtung der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterrechte zu verhindern, der Partei hunderttausende von Stimmen gekostet hat. Jetzt aber wird sich die Lage wesentlich ändern. Die Zeit der Colerierung ist vorbei. Und die Kommunisten können selbst trotz ihres Wahlerfolges gar nicht daran denken, gegen die militärisch gewalttätige Reaktion ein Sowjetdeutschland aufzurichten zu wollen. Sie können heute praktisch gar nichts anderes tun als die Sozialdemokratie auch: die Demokratie und die Gegenwartsinteressen der Arbeiter gegen die junkerlich-schwerindustrielle Reaktion und den Faschismus verteidigen. R. R.

Der erste Kongreß der nationalsozialistischen Zellenbauer

Wenn bisher über das gewerkschaftsfeindliche Wesen der Hitler-Partei auch nicht der geringste Zweifel herrschte, so ist es doch außerordentlich interessant, daß sich die Nazis nunmehr offiziell in die Kampfeslinie der kommunistischen RGO. eingereiht haben, wie der Berliner Verkehrstreik praktisch und der erste Kongreß der NSBO. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) am 22. und 23. Oktober in Duisburg theoretisch gezeigt hat. Genau wie die Kommunisten, so möchten auch die Nazis die Gewerkschaften zu willenlosen Werkzeugen ihrer Parteipolitik machen. Um dieses Ziel zu erreichen, machen sich die Nazis nicht nur die kommunistische Taktik, sondern auch die polemischen Phrasen der bolschewistischen Gewerkschaftsfeinde zu eigen. Die Kommunisten können sich deshalb freuen, daß ihnen in den Nazis treue Helfer und Bundesgenossen für die antigewerkschaftliche Stimmungsmache entstanden sind. Zum Beweis des Gesagten seien im folgenden nur einige Kostproben aus dem Tagungsbericht der NSBO. erwähnt, wie sie wörtlich in dem Gauorgan der Nazi-Partei, der „National-Zeitung“, vom 24. und 25. Oktober zu finden sind. Danach führte der erste Referent, ein Gauleiter, auf dem Kongreß der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation nach echt kommunistischem Jargon folgendes aus:

„Jetzt, wo alle Arbeitnehmer gegen Papen stehen, werden wir uns rücksichtslos die Führung unter ihnen erringen, auf die wir allein ein Anrecht haben. Auf die wir um so mehr ein Anrecht haben, als der deutsche Arbeiter in seiner größten Notstunde von den Gewerkschaftsführern verlassen und verraten wurde, wie die von der RSD. geführten Streiks in den letzten Wochen allenthalben bewiesen. Wir werden nicht zulassen, daß der Arbeiter in seinem Kampf allein steht, lassen aber auch nicht zu, daß aus seinem Existenzkampf für die Volkstil Kapital geschlagen wird, wie es die Gewerkschaften immer gemacht haben! Wir wollen nicht die Gewerkschaften zerschlagen. Wir wollen sie nur säubern von unfähigen Führern.“

Also, Gewerkschaftsverrat, Kampf gegen die Führer und Eroberung der Gewerkschaften, das sind alles Parolen, die von den Kommunisten schon seit Jahren vertreten werden. Eine hundertprozentige Nachahmung der kommunistischen Strategie bedeutet es auch, wenn der zweite Redner auf dem Kongreß mit folgenden Worten wilde Teilstreiks propagiert:

„Am grundsätzlichen von den falschen und feigen Gewerkschaftsführern loszukommen, sei es dringendstes Gebot, daß aus der Belegschaft heraus die Streikleitung gewählt wird, die mit den Unternehmern zu verhandeln hat. Erst dann sei die Gewähr dafür gegeben, daß die Rechte der Arbeiter richtig vertreten sind, die Rechte, die die Gewerkschaftsböden, die jatten, kampfunwilligen Löwen, hinter verschlossenen Türen gemeinsam mit den Unternehmern verraten.“

Diese Thesen und Schimpfworte könnten ebenso gut in einer kommunistischen Zeitung stehen. Daß die Nazis die streikwütigen Kommunisten mit Streikparolen noch zu übertrumpfen versuchen, geht aus einer Entschlüsselung hervor, die wie folgt lautet:

„Jede Gegenwehr der durch die letzte Notverordnung des Herrn von Papen aus tiefste verletzten Volksgenossen ist nicht nur moralisch, sondern auch wirtschaftlich berechtigt. Bei dieser Abwehr verzichten wir auch nicht auf den Streik! Streik gegen die Verleumdungspolitik des volksfremden, herrschenden Systems. Streik gegen den Abbau der Tarife, der sozialen Einrichtungen, Streik gegen den Versuch, die deutschen Arbeiter für die Sünden ihrer falschen Führer hungern zu lassen. Streik gegen den Lohnraub, für Gesundung der Wirtschaft. Das ist unser Streik gegen Papen und seine Hochfinanz! Jeder berechtigte Streik gegen den Glanzkurs des Systems findet unsere Unterstützung in jeder Form.“

Die rauen Kämpfer des Dritten Reiches, die auszogen, um den marxistischen Klassenkampf zu überwinden, finden demnach den Mut, allerhand Streikparolen zu fabrizieren. Zu gleicher Zeit aber, zu der die nationalsozialistischen Zellenbauer in Duisburg radikale Reden hielten, weilte in der Nachbarstadt Wülfrath Adolf Hitler bei Fritz Thyssen zu Besuch. Daß dieser Geheimbesuch bei einem der reaktionärsten Schwerindustriellen den Zweck hatte, die notwendigen Streikgelder zum Sturz des privatkapitalistischen Systems flüssig zu machen, glauben doch wohl die Nazis selber nicht. Um sich der Freundschaft des Großaktionärs

Thyssen als würdig zu erweisen, legten sie daher in ihrer Entschlüsselung folgendes lammfromme Bekenntnis ab:

„Wir wollen den Aufstieg des zum Proletariat herabgesunkenen und herabgewürdigten deutschen Arbeiters zum deutschen Arbeitertum. Wir wollen von der Klasse zum Stand werden! Wir wissen, daß noch stets des deutschen Volkes ärmster Sohn auch sein getreuester war. Wir wissen aber auch, daß jeder deutsche Arbeiter, der täglich das liberal-kapitalistische System am eigenen Leibe verspürt, nur dann dem deutschen Volke zurückgekommen werden kann, erst dann allem internationalen Irrglauben, allem marxistischen Klassenwahn entsagt, wenn das ganze Volk in treuer Volksgemeinschaft auch dem geringsten Volksgenossen das Recht zum Leben gibt, das Recht auf gesellschaftliche Gleichstellung und vor allem das Recht auf Arbeit.“

KOLLEGE!

**Werbe und wirke
für den Verband!
Wieviel
Mitglieder
hast du schon dem
Gesamt-Verband
zugeführt?**

Von der Klasse zum Stand wollen die Nazis? Das ist ein Grundsatz, den die christlichen Gewerkschaften seit Jahrzehnten predigen. Und schließlich wollen sie zurück zur Volksgemeinschaft? Die haben wir ja bereits, wenn man einmal den Blick von Potempa, den viehischen Mordtaten der rauen Kämpfer abwendet und nach Koburg schaut. Vier Tage bevor man in Duisburg den bedauernswerten Elementen der Nazi-Partei das erwähnte wortrad'kale Geschwafel vorsetzte, waren nämlich in Koburg die Braunjacken aufmarschiert, um der Fürstehochzeit ein Ständchen zu bringen. Das ist Volksgemeinschaft in höchster Potenz. Wenn man diese wenigen Tatsachen gegenüberstellt und durchdenkt, dann wird jeder anständige Mensch angesichts des verlogenen und zweideutigen Gebarens der Nazis mit Abscheu und Ekel erfüllt. Um so mehr können über ihre neuen Bundesgenossen im Kampfe gegen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre freuen. J. C.

Rechtsschutzfähigkeit des Verbandes

Was der Verband im 1. Halbjahr 1932 lediglich durch Vertretung der Mitglieder vor den Arbeitsgerichtsbehörden leistete, davon sollen die nachfolgenden Zahlen ein Bild geben.

Insgesamt wurden 2961 Rechtstreitigkeiten erledigt, und zwar 2694 vor den Arbeitsgerichten, 229 vor den Landesarbeitsgerichten und 38 vor Tariffriedsgerichten (die vom Reichsarbeitsgericht entschiedenen Fälle bleiben hier unberücksichtigt). Nach der Art des Rechtsstreites gruppiert wurden vertreten: 842 Kündigungseinspruchsklagen; 1832 Lohnklagen und sonstige Klagen der Mitglieder, mit denen die Verurteilung des Arbeitgebers zur Zahlung von Geldsummen, wie Urlaubsschädigungen, Schadenersatz usw. beantragt wurde; 147 Klagen unserer Mitglieder bestrafen sonstige Leistungen des Arbeitgebers, wie Herausgabe der Arbeitspapiere, Ausstellung oder Abänderung eines Zeugnisses, Feststellungen usw.; in 95 Fällen wurden Mitglieder verklagt, es handelte sich dabei in der Hauptsache um Schadenersatzforderungen des Arbeitgebers; bei 22 Klagen trat der Verband selbst als Kläger auf gegen einen Arbeitgeberverband oder einen einzelnen Arbeitgeber zur Feststellung der Rechte aus dem Tarifvertrag usw.; schließlich wurden noch 67 Streitigkeiten zwischen Betriebsräten und Betriebsleitungen mit Hilfe des Verbandes erledigt. Bei den 229 Klagen vor den Landesarbeitsgerichten war die Berufung in 91 Fällen von uns und in 140 Fällen vom Gegner eingelegt worden. 1396 Streitigkeiten wurden mit vollem Erfolg für unsere Mitglieder erledigt, 901 mit teilweise Erfolg und 664 wurden verloren. In diesem günstigen Verhältnis zwischen erfolgreichen und erfolglosen Klagen kommt der Wert einer Vertretung durch den Verband zum Ausdruck. Besonders interessant ist das Ergebnis der Prozesse. An Kündigungseinspruchsklagen wurden 49 870 Mark erstritten, an sonstigen Geldsummen 293 246 Mk., insgesamt also nicht weniger als 343 116 Mk. In 278 Fällen war als Erfolg die Wiedereinstellung oder Weiterbeschäftigung eines entlassenen oder gekündigten Kollegen zu verzeichnen. Außerdem wurde noch vieles andere erreicht, wie Ausstellung von Papieren (78 Fälle), Feststellung tariflicher Verpflichtungen, Urlaubsbewährung, Abwehr gegnerischer Forderungen, Sicherung von Rentenansprüchen usw. In diesen Zahlen kommt ein nicht genau zu würdigendes Stück Arbeit des Verbandes im Interesse der Mitgliedschaft zum Ausdruck, das den Wert der gewerkschaftlichen Organisation offenbart.

Zum Tarifkonflikt in den Berliner privaten Theatern

Bis zum 30. September 1932 bestand ein Manteltarifvertrag, der im Inhalt die Ueberstundenbezahlung, Weiterzahlung des Lohnes im Krankheitsfall, Urlaub usw. regelte. Der Lohnvertrag bestand bis zum 30. April 1932. Bei den Verhandlungen im Frühjahr d. J. über Verlängerung dieses Vertrages wurde eine Einigung nicht erzielt. Der Verband Berliner Bühnenleiter gab aber die mündliche Zusicherung, seine Mitglieder anzuweisen, für die Zeit des tariflosen Zustandes die bis zum Frühjahr geltenden Löhne weiterzuzahlen; dies ist leider nur teilweise geschehen.

Mitte August 1932 wurde dem Gesamt-Verband der Manteltarifvertrag zum 30. September 1932 aufgekündigt. Nach Rückfrage beim Arbeitgeberverband erklärte der dortige Generalsekretär, daß die Arbeitgeber kein Interesse an Neutätigung des Mantel- und Lohnvertragstrages hätten.

In der Zwischenzeit hatten wir erfahren, daß weder für die Schauspieler noch Musiker oder Chorsänger eine tarifliche Regelung bestand. Eine Sitzung mit den für diese Gruppen zuständigen Organisationen beschloß, gemeinsam in der Schaffung von Lohn- bzw. Manteltarifverträgen gegen den Bühnenleiterverband vorzugehen. Der Arbeitgeberverband wurde nach dieser Richtung von uns verständigt, und dieser Vorstoß wirkte im Augenblick Wunder. Nacheinander wurde mit den einzelnen Organisationen verhandelt und — soweit das technische Personal in Frage kam — stellte man an uns das Ansuchen nach der üblichen Feststellung, daß die Finanzlage der Theater trostlos sei, Dienstbereitschaft einzuführen, den Urlaub erheblich zu verkürzen, die Ueberstundenzuschläge gewaltig zu vermindern — wenn nicht gar zu beseitigen — und den Lohn bis zu 50 Proz. zu senken. Um die Dienstbereitschaft entspann sich ein besonders harter Kampf; denn die Einführung der Dienstbereitschaft in den Theatern hätte nicht nur eine weitere Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses bedeutet, sondern auch den Theaterdirektoren die Möglichkeit gegeben, alles mögliche als Dienstbereitschaft anzusehen. Darüber hinaus wäre die Arbeitszeit ungemein verlängert worden.

Bei der Bezahlung der Ueberstunden waren wir bereit, die Ueberstundenbezahlung erst von der zehnten Stunde ab gelten zu lassen. Beim Urlaub wollten wir ebenfalls in eine Kürzung der Urlaubssätze um durchschnittlich 1½ Tage eingehen unter der Voraussetzung, daß die Frühjahrslöhne weitergezahlt werden.

Trotzdem blieben die Arbeitgeber bei ihren Forderungen und verlangten eine Reduzierung der Löhne z. B.

beim Handwerker auf 174,72 Mk.,

beim Bühnenarbeiter auf 164,32 Mk. pro Monat,

so daß sich die Entwicklung der Löhne folgendermaßen ausgewirkt hätte:

Lohnstand am 31. August 1931

| | |
|--------------------------|-----------|
| Handwerker | 265,— Mk. |
| Bühnenarbeiter | 247,— Mk. |

Lohnstand im September 1931

| | |
|--------------------------|------------|
| Handwerker | 233,20 Mk. |
| Bühnenarbeiter | 217,50 Mk. |

Lohnstand am 1. Januar 1932

| | |
|--------------------------|------------|
| Handwerker | 209,90 Mk. |
| Bühnenarbeiter | 195,75 Mk. |

Der Vorschlag der Arbeitgeber hätte bedeutet, daß unter Berücksichtigung der vorausbezeichneten Entwicklung der Löhne die Lohnsätze dieser Lohngruppen vom 31. August 1931 bis jetzt um 39 Proz. gesenkt worden wären. Deshalb wurden von uns die Vorschläge der Arbeitgeber abgelehnt, und der Arbeitgeberverband rief nun von sich aus — wahrscheinlich davon ausgehend, daß wir die bestorganisierten Gruppen im Rahmen der Theater darstellen und die Gefahr der Arbeitsniederlegung nahe lag — den Schlichtungsausschuß an. Nach längerer Verhandlung vor dem Schlichter wurde folgender Schiedspruch gefällt:

Manteltarifvertrag.

Die Geltungsdauer des bisherigen Manteltarifvertrages wird verlängert.

Fliegen und — schauen

II. (Schluß.)

Angeichts der wunderbaren Entwicklung des Luftverkehrs wird jeder, der einmal Gelegenheit hatte, einen größeren Flug zu unternehmen, die Frage aufwerfen: Ist es nicht möglich, in kürzester Frist die Verkehrsflugzeuge in so großem Umfange herzustellen, daß auch der Massenfernverkehr möglich wird? Die Deutsche Luft Hansa, die im allgemeinen sehr nüchtern geschäftlich denkt, bejaht diese Frage insofern, als sie bei dem heutigen Stand der Flugtechnik für eine erhebliche Ausdehnung eintritt. Die Unfallgefahren, die manchen heute noch abschrecken, sind im allgemeinen viel geringer, als es nach den Zeitungsnachrichten erscheinen könnte, weil jeder Flugzeugunfall als besonderes Ereignis registriert wird. So ist für das Jahr 1931 z. B. festgestellt, daß auf einen Unfall mit getöteten oder verletzten Passagieren drei Millionen Kilometer kamen. Damit ist die Sicherheit, gemessen an früheren Jahren, bereits verdoppelt.

Nun ist aber andererseits in der technischen Entwicklung des Flugzeuges noch immer eine gewisse Unrast. Die Durchschnittsreisegeschwindigkeit der Flugzeuge z. B. ist gegenwärtig etwa 180 Kilometer pro Stunde; die augenblicklich im Bau befindlichen Schnellflugzeuge werden aber auf eine mittlere Reisegeschwindigkeit von 300 Kilometer gebracht! Damit wird sich ein wirtschaftlich wesentlich günstigeres Bild gestalten; denn fast alle großen deutschen Städte, die 500 bis 600 Kilometer voneinander entfernt liegen, können mit diesen neuen Flugzeugen im Zweistundenflug verbunden werden. Vor allem dürfte aber auch der Auslandsverkehr dadurch erheblich gefördert werden; denn dann sind Paris, London, Stockholm und Warschau in drei bis vier Stunden zu erreichen.

Die Deutsche Luft Hansa hat außerdem noch viel weitgehendere kühne Pläne. Sie will gewissermaßen „Luftbrücken“ bauen für die deutsche Wirtschaft nach Nord- und Südamerika sowie nach Ostasien. Das kann allerdings voraussichtlich nur mit Hilfe von Luftschiffen geschehen für die ozeanischen Strecken, weil dort

das Luftflugzeug heute noch ein zu großes Wagnis wäre. Der Zeppelin ist bereits eine solche Luftbrücke für Südamerika geworden, und in unserem Zeitalter der technischen Schnellentwicklung ist anzunehmen, daß auch hier in den nächsten Jahren ganz neue Entwicklungsphasen für den Luftverkehr eintreten.

Dabei entsteht die Frage, ob der Verkehr von internationalen Gesellschaften betrieben oder jedes Land für sich eine besondere Luftfahrtgesellschaft behalten soll. Heute wird nach dem System des „pool“ gearbeitet, d. h. es finden internationale Verrechnungen statt, und die Flugzeuge der verschiedenen Länder sind damit in gewissem Sinne in Konkurrenz zueinander getreten. Man kann also z. B. von Berlin nach Paris fliegen mit der Deutschen Luft Hansa und einige Tage oder Wochen später mit der gleichen Verkehrsellschaft zurück. Oder man kann auch ein französisches Flugzeug nehmen und mit einem deutschen nach Berlin zurückfliegen. Darin liegt heute ein gewisser unberechenbarer und unrationeller Wirtschaftsfaktor, der noch einen besseren Ausgleich finden muß. Vielleicht ist der Gedanke, der besonders vom Internationalen Arbeitsamt in Genf propagiert wird und auch Frankreichs Unterstützung hat, doch nicht ganz von der Hand zu weisen, für ganz Europa ein internationales Verkehrsnetz und eine internationale Verkehrsellschaft zu schaffen. Es ist begreiflich, daß die Deutsche Luft Hansa für diesen Gedanken nicht viel übrig hat, und in unserer Zeit der starken nationalistischen Strömungen dürfte auch in ganz Deutschland dafür kein rechtes Verständnis zu finden sein. Wir glauben aber, daß wir in diesem nationalistischen Zustand nicht ewig beharren können und würden deshalb aus volkswirtschaftlichen wie aus technischen Gründen eine internationale Zusammenfassung für zweckmäßig halten. Anders liegt vielleicht die Frage für die Kurzstreckenflüge, die hier in Deutschland vorgenommen werden nach den verschiedensten Plätzen. Nebenstehend bringen wir eine Zeichnung, die den jetzigen Flugverkehr in Mitteleuropa anschaulich darstellt.

Unwillkürlich kommen einem während eines Fluges Gedanken über den technischen Fortschritt überhaupt. Die Menschen

gert mit der Maßgabe, daß vom 1. November 1932 an folgende Änderungen eintreten:

Im § 1 Abs. 2 wird der 2. Satz gestrichen. Im 3. Satz werden statt „30 Proz.“ „15 Proz.“ gesetzt.

Im § 3 wird im Absatz 1 statt „7 Tage“ „6 Tage“, statt „3 Tage“ „1 Tag“, statt „16 Tage“ „10 Tage“ und im Absatz 2 statt „18 Tage“ „14 Tage“ gesetzt.

Im § 8 wird statt „30. September 1932“ „30. September 1933“ gesetzt.

Lohnabkommen:

Das bisherige Lohnabkommen wird mit Wirkung von der nächsten Lohnwoche wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß folgende Tarifföhne gelten: Handwerker 195 M., Bühnenarbeiter 185 M. pro Monat. Bei den übrigen Gruppen werden die bisherigen Sätze um 6 Proz. gekürzt. Dieses Abkommen gilt bis zum 30. April 1933. Es verlängert sich um jeweils drei Monate, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf mittels schriftlicher Erklärung gekündigt wird.

Tatsächlich ist der Schlichter einigen Wünschen der Arbeitgeber gefolgt. Z. B. ist der Urlaub ganz erheblich gekürzt worden, die Urlaubszuschläge wurden halbiert; aber die Einführung der Dienstbereitschaft — und das ist mit das Wesentlichste grundsätzlich abgewehrt. Auch bei der Festsetzung der Löhne haben wir immerhin noch ein erhebliches Plus gegenüber den Wünschen der Arbeitgeber zu verzeichnen. Um unser gemeinsames Vorgehen mit den anderen Bruderorganisationen nicht zu gefährden, wirkten wir beim Schlichter eine Nachfrist über den 24. Oktober bis zum 2. November hinaus zur Erklärung, ob Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erfolgt. — Am Dienstag, dem 1. November, hatte die Bühnengenossenschaft für ihre Schauspieler ihre Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband vor dem Schlichter. Leider wurden an diesem Tage diese und auch die Verhandlungen für das Chor- und Ballettpersonal nicht erledigt. Deswegen mußten wir aus rein geschäftlichen Gründen am 2. November unsere Erklärung der Annahme des Schiedspruches abgeben.

Bei Nachverhandlungen mit dem Vorstehenden des Direktoren-

verbandes gelang es dem G.-D. noch in einigen der größten Theater, wo wir auch als Organisation am stärksten interessiert sind, zu erreichen, daß die alten Frühjahrslöhne bzw. die übertariflichen Zuschläge, die teilweise 13 Proz. zu den Frühjahrslöhnen betragen, weitergezahlt werden. Diese günstigen Auswirkungen der Nachverhandlungen hatten zur Folge, daß die Funktionäre einstimmig die Annahme des Schiedspruches empfahlen. Bei dieser Bewegung zeigte es sich wieder, daß der Gesamt-Verband vonnöten ist. Da, zumal der Lohnvertrag seit Frühjahr d. J. nicht mehr galt und die Bühnendirektoren den Bühnenarbeitern teilweise Löhne von 84 Pf. die Stunde (nach ihrer Meinung angemessene Löhne) anboten und die unorganisierten Bühnenarbeiter auch dafür gearbeitet haben. Durch den Neuabschluß des Mantel- und Lohnvertrages erhalten diese unorganisierten Bühnenarbeiter eine Lohnzulage bis zu 9 Pf. die Stunde. Darin dürfte doch neben der Tatsache, daß die Einführung der Dienstbereitschaft und die Wünsche der Arbeitgeber, weitere Verschlechterungen eintreten zu lassen, ebenfalls restlos abgewehrt worden sind, der hundertprozentige Beweis der Notwendigkeit, sich dem Gesamt-Verband anzuschließen, liegen. Allen unorganisierten Theaterarbeitern — ganz gleich, ob Tages- oder Abendleute — sollte dies zu denken geben. Es ist endlich an der Zeit, zu erkennen, welche ungeheuren Wert die Organisation darstellt und daß die

bisherige Beitragsparung gänzlich unangebracht war. — Die Bühnendirektoren waren sich der Stärke des Gesamt-Verbandes bewußt, und ihnen lag alles daran — dies beweist auch die Anrufung des Schlichters von sich aus —, den Arbeitsfrieden in den Theatern zu erhalten. Nur dem tatkräftigen, zielbewußten Auftreten des Gesamt-Verbandes ist es zu verdanken, daß wieder geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse — trotz schärfster Widerstände der Arbeitgeber — bestehen. G. R.

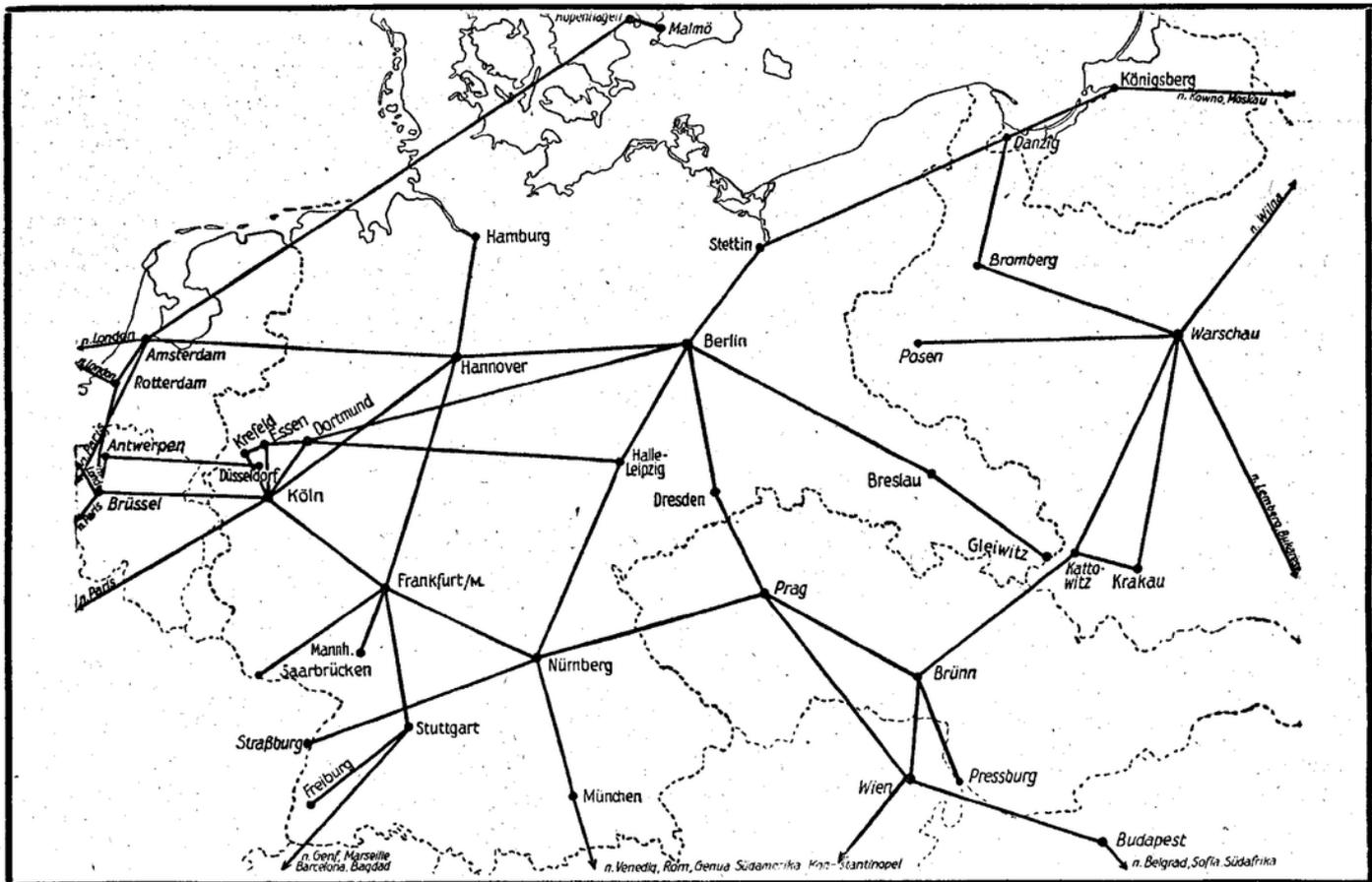
Gedenke immer, wer du bist!

Du bist Freigewerkschafter,
Du hast ein Bündnis geschlossen.
Über 14 Millionen Menschen,
Die besten der Beamten, Angestellten
und Arbeiter
Vieler Länder umfakt es.

Sie wollen nichts anderes,
Als mit vereinter Kraft
Eine neue Welt schaffen.

Alles, was den Menschen entwürdigt,
Was ihm das Menschliche
Zu nehmen sucht,
Soll beseitigt werden.

Sehr und groß ist dieses Ziel.
Achte es, bleib ihm immer
Und allerwärts treu.
Dann erringst du vom Gegner
Anerkennung und von
Unaufgeklärten Kollegen die Gefolgs-



Die Unfallversicherung der Gas- und Wasserwerke

Die Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke veröffentlicht ihren Verwaltungsbericht für das Jahr 1931. Nach diesem waren im Berichtsjahre 5180 Betriebe mit einer Belegschaft von zusammen 86 931 Arbeitnehmern versichert. Im Vorjahre waren 4917 Betriebe mit 92 469 Personen versichert. Während also die Zahl der Betriebe zugenommen hat, ist die Zahl der Arbeitnehmer gesunken. Die versicherten Betriebe verteilen sich auf: 960 Gaswerke mit Erzeugung, 332 Gaswerke ohne Erzeugung, 3282 Wasserwerke mit Motoren, 366 Wasserwerke ohne Motoren und 254 Kanalisationswerke. Zu diesen Hauptbetrieben kommen noch 802 Nebenbetriebe. Es herrschen auch hier die Kleinbetriebe vor. Von den 5180 Hauptbetrieben beschäftigten: unter 10 Dollarbeiter 4255 Betriebe, 10—49 Dollarbeiter: 670 Betriebe, 50 bis 99 Arbeiter 132 Betriebe und 100 und mehr Arbeiter 123 Betriebe. Von den Ausgaben des Versicherungsträgers entfallen auf: Entschädigungen 2 238 871,61 RM., Erlaß der Unfallverhütungsvorschriften 4 037,05 RM., Überwachung der Betriebe 83 825,86 RM., sonstige Aufwendungen für Unfallverhütung 4 030,60 RM., Unfalluntersuchungskosten 74 250,59 RM., Kosten des Rechtsgangs 21 156,13 RM. Es sind dies insgesamt 2 426 171,84 RM. Ausgaben. Hinzu kommen noch 317 790,12 RM. Verwaltungskosten. An Umlage sind für das Berichtsjahr 2 140 015,51 RM. aufzubringen. Das Rücklageverzeichnis schließt mit einer Summe von 639 314,94 RM. ab. Das Entgelt aller versicherten Personen erreicht die Summe von 253 450 855 RM. Unfälle wurden 7274 gemeldet einschließlich 170 Fälle von Berufskrankheiten. (Im Vorjahre waren es 8668 Meldungen.) Die Zahl der erstmalig entschädigungspflichtigen Unfälle sank von 427 im Vorjahre auf 350 im Berichtsjahre. Tödliche Unfälle wurden 36 gezählt. Auch hier ist gegenüber dem Vorjahre mit 55 Fällen eine erhebliche Abnahme zu verzeichnen. Deutlicher wird der Rückgang, wenn man die Zahl der Schadensfälle mit der Zahl der Arbeitnehmer vergleicht. Es entfallen auf je 1000 versicherte Personen:

| | 1930 | 1931 |
|--|------|------|
| Gemeldete Unfälle | 94 | 83 |
| Entschädigungspflichtige Unfälle | 5 | 4 |
| Tödliche Unfälle | 0,6 | 0,4 |

stehen im Zeitalter der Rationalisierung und der damit verbundenen millionenhaften Arbeitslosigkeit allen technischen Neuerungen sehr skeptisch gegenüber. Die Maschine hat sich in den letzten Jahren weniger denn je zum Segen der Menschheit entwickelt. Und doch vermag man nicht, sich gegen Maschine oder technischen Fortschritt zu wenden. Der Fehler muß also auf anderem Gebiet liegen. Das Problem ist heute noch so, daß vielfach die Maschine in stärkstem Ausmaß der Feind des Menschen geworden ist, stärker fast als einstmal die Naturmächte. Wir wissen aber, daß bei einer Planwirtschaft der menschlichen Gesellschaft, die alle Maschinen in den Dienst der Allgemeinheit stellen würde, ein vollständiges anderes Bild entstehen müßte. Heute schon haben wir in manchen Fällen einen kleinen Ansat dazu. Seht die großen Licht- und Kraftstationen in Deutschland, die zumeist von den Gemeinden, dem Staat oder dem Reich geleitet werden! Sie haben in Hunderttausende von Wohnungen elektrisches Licht und Kraft gebracht, und die Kosten dafür würden heute auch für die Massen tragbar sein, wenn jeder in Arbeit stände und einen von der Gesellschaft entscheidend beeinflussten Tariflohn hätte. Hinzu kommt in dieser Lebenszeit eine Extraverteuerung dadurch, daß alle diese Werke erhebliche Summen mit Recht beisteuern müssen, um das Wohlfahrtswesen der Städte überhaupt in dieser Notzeit durchzuhalten.

Wir haben eine glanzvolle Entwicklung des Autoverkehrs hinter uns, und unsere Kollegen Kraftfahrer finden in weitgehendem Maße hier ein Tätigkeitsgebiet. Aber die entscheidliche Wirtschaftskrise hat auch hier schlimm gewütet. In diesen Wintermonaten sind Zehntausende von Autos in die Garage gestellt worden, um Steuer und Unterhalt zu sparen. Das bedeutet wiederum vermehrte Arbeitslosigkeit. Es ist nahelegend die Frage aufzuwerfen: Wird nicht bei einer Massenproduktion leistungsfähiger Flugzeugmaschinen auch hier eines Tages eine Überproduktion eintreten und die Beschäftigten wiederum plötzlich auf die Straße werfen? Wir ersehen aus diesem parallelen Beispiel, daß die technische Entwicklung förmlich dahin drängt, daß wir eine Planwirtschaft haben müssen und daß es nicht länger der Willkür des einzelnen profitgierigen Unter-

nehmers gestattet sein darf, über Wohl und Wehe der wirtschaftlichen Existenz anderer Menschen zu entscheiden. Dieses Ziel aber haben die Sozialisten in allen Ländern der Erde, doch sind sie noch viel zu schwach und die Verwirrung der Geister, insbesondere in den Ländern, wo die Krise so stark wütet wie in Deutschland, ist gar zu groß. Sicher könnte ein umfassender internationaler Flugverkehr völkerverbindend und friedensfördernd wirken, aber dazu ist notwendig eine vollständige Umstellung in der Bewertung des Menschen überhaupt. Solange die Menschheit keinen anderen Ausweg sieht, als wirtschaftliche oder politische Konflikte durch Raufereien oder, soweit es Völker und Nationen angeht, durch Krieg zu erledigen, werden alle technischen Entwicklungsmöglichkeiten für die Allgemeinheit schwer gehemmt. Auch heute bilden in Frankreich, Italien, England und Amerika ganze Flugzeuggeschwader militärische Waffen „ersten Ranges“. Die Technik hat nach dem Weltkrieg erschreckliche Fortschritte gemacht in bezug auf das Abwerfen von Bomben mit furchtbarer Explosiv- und Durchschlagskraft, vor allen Dingen aber auch in der Entwicklung von Gasbomben, die ganze Städte einhüllen können. Schon werden in fast allen Ländern, so auch bei uns, „Übungen“ gemacht, um eine Art Gasschutz bei solchen Luft- einnebelungen zu erreichen. Es wird also alles darauf eingestellt, daß solche fürchterlichen Waffen in einem neuen Krieg angewandt werden. Konfliktstoff ist für lange Zeit überreichlich vorhanden, und es bedarf deshalb eines starken Gegenfaktors.

„Wegen Unterlassens der vorgeschriebenen Aussteifung einer Aufgrabung mußte eine Bestrafung gegen einen Betriebsleiter und wegen groben Verstoßes gegen die Unfallverhütungsvorschriften eine Bestrafung gegen einen Unternehmerbetreuer nach §§ 851 und 913 Abs. 2, erster Satz der Reichsversicherungsordnung erfolgen. Die beiden Beschwerden hingegen sind von den zuständigen Oberverwaltungsämtern zurückgewiesen, dazu das Strafmaß in letzterem Fall jedoch ermäßigt worden.“

„Interessant wäre es, wenn hier das Strafmaß mit an- gegeben wäre.“

Auch in diesem Jahr erfolgte ein Strafantrag bei dem zuständigen Versicherungsamt wegen verbotswidriger Benutzung von offenem Feuer zur Feststellung einer Gasausrüstung nach §§ 851 und 870 der Reichsversicherungsordnung gegen einen Arbeitnehmer.“

Dieser friedensfördernde Gegenfaktor sind die Gewerkschaften aller Länder. Sie wissen, daß sie in friedlichen Zeiten planmäßig ihre Aufgabe erfüllen können; sie wissen auch, daß sie das stärkste Bollwerk sind, wenn Kriegsgefahren drohen, und deswegen ist besonders in der Nachkriegszeit von der Gewerkschafts-Internationale die kategorische Forderung immer wieder in den Vordergrund gestellt worden: „Nie wieder Krieg!“

Wir fordern, daß alle technischen Fortschritte für die gesamte Menschheit und für die Kultur verwandt werden. Darum ist auch die weitere Entwicklung des internationalen Luftverkehrs vom Standpunkt des Friedensfreundes durchaus zu begrüßen. Edl.

Wir fordern, daß alle technischen Fortschritte für die gesamte Menschheit und für die Kultur verwandt werden. Darum ist auch die weitere Entwicklung des internationalen Luftverkehrs vom Standpunkt des Friedensfreundes durchaus zu begrüßen. Edl.

Wir fordern, daß alle technischen Fortschritte für die gesamte Menschheit und für die Kultur verwandt werden. Darum ist auch die weitere Entwicklung des internationalen Luftverkehrs vom Standpunkt des Friedensfreundes durchaus zu begrüßen. Edl.

Wir fordern, daß alle technischen Fortschritte für die gesamte Menschheit und für die Kultur verwandt werden. Darum ist auch die weitere Entwicklung des internationalen Luftverkehrs vom Standpunkt des Friedensfreundes durchaus zu begrüßen. Edl.

Wir fordern, daß alle technischen Fortschritte für die gesamte Menschheit und für die Kultur verwandt werden. Darum ist auch die weitere Entwicklung des internationalen Luftverkehrs vom Standpunkt des Friedensfreundes durchaus zu begrüßen. Edl.

In der Einleitung zu dem Verwaltungsbericht geht die Genossenschaft auch auf die durch die Notverordnungen geschaffenen Änderungen ein. Gleichzeitig streift sie Pläne über eine Neuorganisation der Unfallversicherung. Nach diesen sollen die bestehenden 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 30 bis 40 beschränkt werden. Die Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke würde hierbei unter die Gruppe „Chemische Industrie“ fallen. Ob diese Pläne Wirklichkeit werden und ob dabei für die Versicherten Vorteile herauspringen, kann heute noch nicht gesagt werden. Fest steht jedoch, daß die Berufsgenossenschaften selbst diesen Plänen in der Mehrzahl ablehnend gegenüberstehen.

Kl—s.

Nico van Hinte

Denjenigen, die auf die Verbandstage des früheren Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes gekommen sind, ist gewiß die durch ihr heiteres dem Leben aufgeschlossenes Wesen Freude um sich verbreitende und Sympathie gewinnende Person Nico van Hinte in guter Erinnerung.



Nico van Hinte war der Vorsitzende des holländischen Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und lange Jahre der Sekretär der Internationale des Personals öffentlicher Dienste. Dieser allzeit lebenssprühende, unermüdlich aktive Mann lag nun seit über drei Jahren vom Schlage getroffen, fast ganz gelähmt und unfähig ein deutliches Wort hervorzubringen, auf dem Krankenlager. Jetzt hat ihn ein milder Tod von seinem Leiden befreit. Nico van Hinte

starb im Alter von 63 Jahren am 6. November 1932. Er wurde unter größter Anteilnahme der holländischen Arbeiterbewegung am 10. November in Hemstede bei Haarlem zur letzten Ruhe gebracht.

Nico van Hinte hat in der holländischen Arbeiterbewegung, in der politischen wie in der gewerkschaftlichen, eine bedeutende Rolle gespielt, deren Spuren unverwischbar bleiben. Sein größtes Verdienst ist die Gründung und der Aufbau des holländischen Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes. Die internen Gruppen des Personals im öffentlichen Dienst waren, bevor es ihre Organisation gab, ebenso gedrückte und geduckte, schlecht bezahlte Menschen, wie ihre deutschen Kollegen. Wie ist das anders geworden seitdem! Dabei hat Holland von dem deutschen Beispiel gelernt. Die engen Beziehungen, die Nico van Hinte mit dem deutschen Verband unterhielt, haben sich für seine Mitglieder gelohnt. Heute ist der Verband des öffentlichen Personals auf dem Wege, der größte in Holland durch den Zusammenschluß mit dem Beamtenbund zu werden.

Nico van Hinte wurde auf allen Kongressen der Verbände der Gemeindearbeiter gesehen. Sein Interesse für die Internationale war sehr groß. Sofort bei der Gründung schloß sich sein Verband unserer Internationale an. Als die Beziehungen zwischen den Ländern durch den Krieg zerrissen wurden, versuchte es van Hinte sie wieder aufzunehmen. Seinen Bemühungen gelang es, eine Konferenz im Sommer 1919 in Amsterdam zusammenzubringen, auf der die Internationale des Personals öffentlicher Dienste erneuert wurde. Man wählte ihn zum Sekretär. Unter seiner Amtsperiode entwickelte sich trotz aller Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre und kommunistischer Störungsversuche die Internationale ruhig und stetig. Da wurde seine Tätigkeit auf nationalem wie internationalem Gebiete jäh durch den Schlaganfall unterbrochen, von dem er sich nicht mehr erholte.

Im Auftrage des Gesamt-Verbandes und der Internationale des Personals öffentlicher Dienste legte der jetzige Vorsitzende des holländischen Verbandes Frans van Meurs, der auch Mitglied des Vorstandes unserer Internationale ist, einen Kranz am Grabe Nico van Hintes nieder. H.

Gemeinden und Kommunalverbände

Landrat Gerekes Arbeitsbeschaffungsplan, über den wir in Nr. 33 der „Gewerkschaft“ berichteten, hat wegen seiner Inflationsgefahren viel Kritik erfahren. Der Verband Preussischer Landgemeinden, der am 12. November in Berlin wieder zusammentrat, und dessen Vorsitzender Landrat a. D. Gereke ist, hatte sich erneut mit dieser Frage zu beschäftigen. Hierzu nahm auch der kommissarische Minister Dr. Popitz das Wort, der aus gleichen Gründen von dem Gereke-Plan abrückte. Dr. Gereke, der aus der Kritik wohl gelernt hat, goß selbst viel Wasser in seinen Wein. Wenn er von zinslosen Krediten nicht mehr spricht, die Sparkassen als Kreditgeber nicht mehr erwähnt, das Phantasieprodukt der Budgetschöpfung fallen läßt und sich nur noch auf die spekulativen Steuervorarriffe der Papen-Politik zu seiner Rechtfertigung beruft, so ist der Gereke-Plan so gut wie begraben.

Arbeitszeitverkürzung in den Gemeindebetrieben Heidelbergs. Oberbürgermeister Neinhans hatte zum 30. August den Betriebsrat und die Leitung des Gesamt-Verbandes zu einer Besprechung über notwendige Entlassungen oder Arbeitszeitverkürzung eingeladen. Seine Vorschläge waren: entweder 25 Arbeiter zu entlassen, oder die Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden zu senken. Er beteuerte, daß er nur aus der finanziellen Notlage heraus widerwillig den Vorschlag mache. Seine Versuche beim hiesigen Ministerium Unterstützung zu erhalten, seien fehlgeschlagen. In der ersten Sitzung kam eine Einigung nicht zustande, weil die Vertreter der Arbeiterschaft auf die Unmöglichkeit einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung hingewiesen haben. In mehreren Sitzungen wurde dann die Frage der Arbeitszeitverkürzung, der Entlassungen und Pensionierungen besprochen und in Betriebsversammlungen eine Einigung auf 45 Stunden Arbeitszeit, drei Pensionierungen und drei Entlassungen als weitestes Entgegenkommen bezeichnet. Dieser Vorschlag wurde dann auch vom Oberbürgermeister dem Stadtrat zur Beschlußfassung vorgelegt. Dabei hat in der Stadtratsitzung ein bürgerlicher Vertreter erklärt, die Gemeindearbeiter hätten so hohen Lohn, daß sie die 42-Stunden-Woche vertragen können. Der Oberbürgermeister ist auf diesen Vorschlag eingegangen. Es wurde dann mit Mehrheit die 42-Stunden-Arbeitszeit beschlossen. Mit dieser stärkeren Belastung hat sich die Kollegenchaft in mehreren Betriebs- und einer Gesamtversammlung beschäftigt und Protest gegen den Stadtratsbeschluß eingelegt. Die Folge waren weitere Verhandlungen und ein Antrag an den Stadtrat auf Revidierung des ersten Beschlusses, zurück auf die Forderung an den Betriebsrat. Der Stadtrat hat dann die 45stündige Arbeitszeit ohne Entlassungen beschlossen. — Dieser Erfolg wäre für die Arbeiter nicht erreicht worden, wenn es auf die Abstimmungen der KDD, angekommen wäre. Weil es für die Stundenkürzung keinen Lohnausgleich gibt, haben die Kommunisten grundsätzlich gegen die Arbeitszeitverkürzung gestimmt. Sehr leicht wäre dabei der erste Stadtratsbeschluß von 42 Stunden geblieben und die Arbeitskollegen hätten wöchentlich etwa 3 Mk. mehr entbehren müssen, wenn die jäh verantwortliche Arbeit des Gesamt-Verbandes mit dem Betriebsrat nicht geleistet worden wäre. Die Anhänger der RGO werden prüfen müssen, ob sie sich noch länger in die Irre führen lassen wollen und dabei die Kräfte der Gesamtheit schädigen. F. M.

LANDSTRASSENWARTER

Bücher für Landstraßenwärter.

Die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau hat ein Merkblatt für den Bau von Zement-Schotter-Straßen herausgegeben. Das Merkblatt enthält eine eingehende Beschreibung der für das Gelingen von Zement-Schotter-Straßen maßgeblichen Gesichtspunkte bezüglich Aufbereitung der Baustoffe, des Arbeitsvorganges usw. Das Merkblatt stützt sich auf die neuesten Erfahrungen, die beim Bau von Zement-Schotter-Straßen gesammelt wurden. Die Schrift ist für jeden Straßenwärter von größtem Interesse. Sie kostet nur 20 Pf. Im Laufe dieses Jahres sind außerdem folgende Schriften von der gleichen Gesellschaft herausgegeben:

Merkblätter für Stein Schlag-Straßen. Preis 80 Pf.

Merkblatt über die Vorbehandlung des Untergrundes bei Straßenbauten. Preis 20 Pf.

Merkblatt für leichte und mittelschwere Baueisen in Asphalt-Bitumen. Preis 30 Pf.

Leitfäden für die Neuanlage von Parkplätzen, Einstellräumen und Tankplätzen. Preis 2,40 Mk.

Sämtliche Schriften können durch unsere Verlagsanstalt „Courier“, Michaelkirchplatz 4, bezogen werden.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Dunkle Vorgänge

An den schönen Reim von Wilhelm Busch: Acht Wochen war der Frosch so krank, jetzt quakt er wieder, Gott sei Dank! muß man denken, wenn man die folgende Erklärung des Herrn Dr. H. Reischle in der „Nationalsozialistischen Landpost“ liest:

Zu eigener Sache.

In der Öffentlichkeit, insbesondere auch in der freigewerkschaftlichen Presse, werden seit kurzem aus durchsichtigen politischen Gründen Angriffe gegen mich gerichtet, die sich auf die Vorgänge bei meinem Ausscheiden aus den Diensten des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues stützen zu können glauben. Ich mache hierdurch darauf aufmerksam, daß der Hauptausschuß des Reichsverbandes in seiner Sitzung vom 12. August 1932 in Wiesbaden aus freiem Entschluß beschlossen hat, die am 9. September 1931 gegen mich durchgeführte Maßregelung zurückzunehmen. Ich bin im beiderseitigen gütlichen Einvernehmen aus meinen früheren Dienststellen ausgeschieden, auf eine Entscheidung im Gerichtswege konnte daher verzichtet werden. Das mir ausgestellte Zeugnis steht Interessenten zur Einsichtnahme zur Verfügung. Ich verweise auf die offizielle Mitteilung des Reichsverbandes in Nr. 34/1932 der „Gartenbauwirtschaft“ und warne hierdurch vor der Verbreitung anderslautender Behauptungen.

München, 1932.

Dr. Hermann Reischle.

Wenn in dieser Erklärung Bezug genommen wird auf die „freigewerkschaftliche Presse“, so dürfen wir annehmen, daß damit wir gemeint sind. Denn vor bald einem halben Jahr, in Nr. 26 der „Gewerkschaft“, haben wir berichtet, daß „der Führer bestimmt“ hat zum Leiter der „Unterabteilung Gartenbau“ der Nazi-„Arbeiter“-Partei Herrn Dr. Hermann Reischle.

Wenn wir im Anschluß daran es als eine sehr interessante „Ironie der Weltgeschichte“ bezeichnet haben, daß ausgerechnet jetzt Herr Reischle sich als den Berufenen fühlt, die dem Gartenbau von ihm selbst als ehemaliger Direktor der Deutschen Gartenbau-Kreditbank um den Hals gelegte „würgende Kreditschlinge“ als demagogisches Mittel politischer Agitation zu verwerten, so haben wir, wie Dr. Reischle selbst sehr richtig bemerkt, auf die Vorgänge bei seinem „Ausscheiden“ aus den Diensten des Reichsverbandes uns „stützen zu können“ geglaubt. Wir verweisen dazu auf die ebenfalls ganz offizielle Mitteilung des Reichsverbandes in dem Bericht über die Tagung seines Hauptausschusses am 7. bis 9. September 1931 in Weimar, die da lautete: „Die wichtigsten Beschlüsse waren: Dienstentlassung der Herren Fachmann, Dr. Reischle und Dr. Haldenwang — und das Präsidium wurde beauftragt, für die Aufhebung bzw. Milderung der finanziellen Verpflichtungen Sorge zu tragen und die Bindungen an Unternehmungen, soweit sie die Interessen des Berufes und des Verbandes betreffen, zu lösen“, die eben die drei Genannten eingegangen waren.

Wir haben von Herrn Dr. Reischle nicht gehört, daß er gegen die fristlose Entlassung aus den Diensten des Reichsverbandes, von der in allen Orts- und Landesgruppen die Rede war, und gegen die schweren Vorwürfe, die gegen ihn damals von allen Kreisen des Gartenbaues erhoben worden sind, jemals eine öffentliche Erklärung losgelassen hätte. Er war also, um mit Wilhelm Busch zu reden, damals „so krank“, daß er es für das Klügste hielt, zu schweigen.

Wenn er nun jetzt laut quakend aufbegehrt, so muß da etwas vor sich gegangen sein, das ihm den alten kecken Mut wiedergegeben hat. Zu einem Teil mag der so gut gelungene Versuch, unter die Fittiche „des Führers“ unterzuschlüpfen, dazu beigetragen haben. Ein anderer Vorgang, auf den er in obiger Erklärung selbst hinweist, finden wir in der „Gartenbauwirtschaft“ nur ganz zart angedeutet. Da ist wieder in einem Bericht über eine Ausschlußtagung in Nr. 34 1932 folgendes zu lesen:

„Nach Behandlung dieser Anträge beschäftigte sich der Hauptausschuß mit der Abwicklung der verschiedenen organisatorischen Dinge, die das Jahr 1931 mit sich gebracht hatte. Nach sehr lebhafter und langer Aussprache wurden die vom Präsidium eingeleiteten Maßnahmen vom Hauptausschuß gebilligt. — Der Hauptausschuß nahm Kenntnis von den zwischen dem Reichsverband und Herrn Fachmann getroffenen Vereinbarungen, nach welchen die Angelegenheit ausgeglichen ist. Der Beschluß von Weimar vom 9. September 1931 wurde dadurch hinfällig. Das gleiche gilt für die Herren Dr. Reischle und Dr. Haldenwang.“

Wir hoffen, mit diesen Veröffentlichungen dem Wunsche des Herrn Dr. Reischle, „keine anderslautenden Behauptungen“ zu verbreiten, in weitest gehendem Maße nachgekommen zu sein. Wenn wir zu obigem Bericht noch sagen, daß er an Klarheit alles vermissen läßt, so dürfte das Herrn R. kaum noch berühren. — Also es ist eine „Vereinbarung“ zustande gekommen zwischen den drei „Gemaßregelten“ und den Maßreglern im Reichsverband. — So wenig wir damals begierig gewesen sind, in die geheimnis-

vollen Tiefen der Geschäftspraxis der Gartenbaubank einzudringen, so wenig interessiert uns jetzt diese „Vereinbarung“ an sich. Wir hätten lediglich ein Interesse daran, zu erfahren, wie die Vereinbarung zustande gekommen ist. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sie unter dem Druck der Partei erzielt ist, der Dr. Reischle als ein Unterführer jetzt angehört. —

Es wäre ja nicht das erstmal, daß die wirklichen wirtschaftlichen Interessen der Gartenbauern parteipolitischen Wahnideen geopfert wären. —

Uebrigens — die „Vereinbarung“ ist nach der „Gartenbauwirtschaft“ mit dem Herrn Fachmann abgeschlossen. Dieser ist also in erster Linie „rehabilitiert“. Da muß es aber doch sonderbar berühren, wenn man festzustellen hat, daß dieser Herr es für geraten erachtet, in der Monatschrift für deutsches Bauerntum, „Deutsche Agrarpolitik“, nicht mehr unter seinem wirklichen Namen zu schreiben, sondern dort das Pseudonym „Friedrich Wilhelm“, wählt, um eine „Studie zu seiner ständischen Eingliederung“ über den deutschen Gartenbau an die Nazimänner zu bringen. — Dieser Mann, der auf diesem Gebiet nie ein Fachmann war, sondern nur auf diesen Namen hört.

Die Fachschule fordert: Eingreifen in die Lehrlingshaltung der Blumengeschäfte

Auf Grund der Bänderinnenprüfungen in Hamburg untersucht Herr Gewerbeoberlehrer Lötter in der „Verbandszeitung“ des VDB, die erzielten Fortschritte und kommt zu folgendem Ergebnis: „Wenn es auch noch anerkannt sachverständig und zielbewußt geleitete Lehrbetriebe gibt, deren Erfolge in der Ausbildung über jeden Zweifel erhaben sind, so gibt es doch auch als Folge des Rückganges der Umsätze und der Facharbeit Lehrbetriebe, in denen sich die Verhältnisse grundlegend und nicht zum Vorteil der Ausbildung von jungen Kräften gewandelt haben. Hier heißt es eingreifen und Wandel schaffen. Entweder muß man diese Geschäfte als Lehrbetriebe nicht zulassen und, wie in anderen Berufen, deren Zahl und Ordnung festlegen oder aber man muß der Fachschule einen größeren Einfluß auf die praktische Ausbildung dieser Art „Lehrbetriebe“ einräumen, um einen Ausgleich in der Ausbildung zu ermöglichen.“

Der letztere Weg wird aus verschiedenen Gründen nicht gegangen werden können. Das hatte eigentlich Herr Lötter auch schon selbst eingesehen, denn er erklärte einige Sätze vorher: „Besser weniger Lehrlinge, aber ordentliche Ausbildung! Man kann doch der Fachschule nicht einfach alles aufbürden!“ Man bedenke, so urteilt man in Hamburg, jenem Ort, der neben Stuttgart die beste Lehrlingsausbildung aufweist! Wie muß da erst das Urteil dort lauten, wo man weniger gewissenhaft verfährt?

Also es bleibt als alleinige Lösung der hier von sachverständiger Seite zugestandenem bedenklich verschlimmerten Zustände im Lehrlingswesen der Blumengeschäfte — wie immer schon unsere Forderung lautete — Prüfung der Betriebe, die Lehrlinge einstellen wollen, und gewissenhafte scharfe Auslese der zur Lehrlingsausbildung Geeigneten.

Berufsausbildung

Herbstblumenschau in Mainz. Die Fachgruppe Mainz veranstaltete eine Herbstblumenschau, gegliedert in drei Abteilungen: Dahlien, Rosen und Herbststauden. Die Dahlienschau zeigte neben den zur Zeit besten Handelsorten auch Neuheiten von 1932, von Dahlienzüchtern zur Verfügung gestellt. Die Rosenschau brachte Rosenneuheiten der letzten Jahre. Sehr reichhaltig war die Herbststaudenabteilung besetzt, besondere Aufmerksamkeit erregte ein großes Herbststernfortiment. — Unsere Ausstellung wollte den proletarischen Gartenfreunden Anregung und Belehrung geben; dieser Zweck wurde voll erreicht, denn sie fand aus allen Bevölkerungskreisen einen erfreulich regen Besuch. Anerkennung verdient die rege Mitarbeit aller Kollegen, vor allem auch der „ungerenteten“, so daß die Schau ohne nennenswerte Unkosten geschaffen werden konnte. Am Abend fand ein Blumenfest statt, das auch von den Kollegen der anderen Fachgruppen des Gesamt-Verbandes gut besucht war. Diese Herbstblumenschau wird der Auftakt für eine Reihe weiterer Veranstaltungen sein, die die Fachgruppe Gärtnerei im Einvernehmen mit allen Kollegen des Gesamt-Verbandes durchzuführen gedenkt.

UNSERE JUGEND

Jugend und Krieg

Gewissenlose Kriegsheger und politische Abenteuer, denen das friedliche Zusammenleben der Völker nicht gefällt, versuchen die Jugend für neue kriegerische Auseinandersetzungen zu begeistern. Sie spekulieren dabei auf die Vergeßlichkeit der Menschheit, die sich an die Dinge von 1914 bis 1918 nicht mehr gerne erinnert, weil zuviel Leid damit verbunden war, und die Jugend kennt den Weltkrieg nicht aus eigener Erfahrung. Je mehr wir uns vom Kriege entfernen, desto mehr wächst die Gefahr, daß sich die Jugend an den kriegsbeherischen Reden begeistert. Wirtschaftliche Not und Abenteuerlust in Verbindung mit der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Untätigkeit spielen dabei eine große Rolle. Die Heßblätter der Rechten schüren den Kriegsgeanken, man spricht von der „großen Zeit“, und alte Generale, die das blutige Morden im Schützengraben aus sicherer Entfernung beobachteten, predigen von der „Notwendigkeit des Krieges, der ein Naturgesetz sei“. Die Kohlrübenzeit, das Kartensystem, stundenlanges Anstehen nach ein paar Gramm Butter, das tägliche Abschlachten von vielen tausend jungen Menschenleben — das alles fällt bei diesen Leuten unter den Begriff „die große Zeit“. Für viele war allerdings der Krieg eine Badekur, die ihnen gut bekommen ist. Die Munitionsfabrikanten und Heereslieferanten machten glänzende Geschäfte, mancher von ihnen ist erst während des Krieges etwas geworden, und die wildesten Kriegsschreier saßen „unabhängig“, weit vom Schuß und unbesorgt um ihr Leben, zu Hause und leisteten Kriegsdienste auf ihre Art. — Wie sehr sich die politisch rechts eingestellten Kreise schon wieder mit Kriegsgeanken beschäftigen, beweist die Tatsache, daß die mecklenburgische Landesuniversität Rostock, die unter Aufsicht einer Rechtsregierung steht, jüngst eine Vorlesung über Wehrpolitik und Kriegsgeschichte ins Leben gerufen hat. Die Universität Rostock kann damit den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, als erste deutsche Universität in der Republik dem Kriegesgeist die Tore einer Lehrstätte geöffnet zu haben. Als Themen waren vorgesehen: Friedrich der Große, Napoleon, Gneisenau, Streifzüge durch den Weltkrieg, von Gumbinnen bis Tannenberg, Verdun und Herbstlage 1918. Schon die Wahl der Themen zeigt, was der akademischen Jugend gelehrt wird. Wir sind nicht neugierig, würden uns aber auch nicht wundern, wenn unter dem vielerprechenden Thema „Herbstlage 1918“ die Dolchstoßlegende aufgewärmt wird.

Die Rechtspresse ist über den Schritt der Rostocker Universität entzückt. Das Berliner Organ der Nationalsozialisten, der „Angreiff“, Herausgeber Josef Goebbels, der nach einem Ausspruch des früheren Reichsinnenministers Groener „den Krieg nur vom Hörensagen kennt“, schrieb dazu:

„Die unbedingte Notwendigkeit, unsere heranwachsende Jugend auf die Fragen der Wehrpolitik hinzuweisen, ihnen zunächst theoretisch die Grundlagen auf diesem bisher bewußt vernachlässigten Gebiete zu geben, wird heute in immer weiteren Kreisen anerkannt. Der stets volle Hörsaal in Rostock beweist, daß die akademische Jugend sich nicht die Mühe verdrücken läßt und gerne Opfer bringt in dem Bewußtsein, Jugend zu sein, die einmal vor großen Aufgaben zu stehen berufen sein wird.“

Diese Begeisterung des nationalsozialistischen Organs beweist uns, wo wir heute die Kriegsheger zu suchen haben. Vor dem Kriege saßen sie in den Reihen der Konservativen, in den Kreisen der hoffähigen Junker und Schlotbarone, heute sind sie bei den Nationalsozialisten, die sich verächtlich „Arbeiterpartei“ und „Sozialisten“ nennen. Sie wissen vielleicht gar nicht, daß ein richtiger Sozialist niemals Anhänger des Kriegsgeankens sein kann, denn Sozialismus und Kriegswissenschaft passen nicht zueinander, sie stehen sich ebenso feindlich gegenüber wie Feuer und Wasser. Das Ganze mit einem Appell an die Opferfreudigkeit der Jugend verbrämen, ist ebenso abgeschmackt wie die Darstellung Wilhelms II. als den größten Kriegshelden, den die Weltgeschichte kennt. So will man die Jugend fangen.

Es ist unverantwortlich und gewissenlos, die Jugend in neue Kriegsabenteuer hineinstürzen zu wollen, nur weil die unverbesserlichen Militärs darin die Krönung ihres sonst langweiligen und eintönigen Lebens erblicken. Die Arbeiterjugend ist nicht

kriegsbegeistert, und die sozialistische Jugend lehnt Kriege grundsätzlich ab. Die größten Opfer des Krieges stellt immer die Arbeiterklasse, sie wird nur als Kanonensfutter betrachtet, als Material, über das man genau so disponiert, wie über Pferde, Geschütze, Munition und Gewehre. Die Aufnahme des Kriegsunterrichts in die Lehrpläne der Schulen steht auch im Widerspruch mit der Reichsverfassung, deren Artikel 148 die Erziehung der Jugend im Geiste der Völkerveröhnung verlangt.

Die Opfer des Krieges, die heute mit einer Hungerrente abgESPESST werden, lehnen den Krieg als unmoralisch, entsetzlich und menschenverderbend ab. Sie wenden sich an die Jugend und legen ihr nahe, alle kriegerischen Vorbereitungen zu bekämpfen. Die großen Organisationen dieser Kriegsoffer, die international zusammengeschlossen sind und über 5 Millionen Mitglieder umfassen, halten alljährlich ihre Kongresse ab und richten von dort ihren Appell an die Jugend, im Geiste der Völkerveröhnung unter den Menschen zu wirken. Der Warschauer Kongreß der Kriegsoffer von 1929 wandte sich mit folgendem Aufruf an die Jugend, der heute wieder zeitgemäß ist:

Gewerkschaftliche Jugendwerbung!

Die Stoßkraft der Gewerkschaften muß verstärkt werden. Neue Mitkämpfer sind unter dem Jungvolk zu gewinnen. Hierbei hat jeder Gewerkschaftskollege zu helfen. Seine Pflicht ist, die ihm bekannten jungen Arbeitskollegen ihrer Gewerkschaft zuzuführen. Jeder sei Werber. Hilf auch du! Überall muß es selbstverständlich sein, daß Lehrlinge und jugendliche Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind.

„Angeht die Tatsache, daß die Erinnerung an die furchtbaren Leiden, die der Weltkrieg über die Menschheit gebracht hat, zu verblasen beginnt, und im Hinblick auf das Heranwachsen einer neuen Generation, die den Krieg aus eigenem Erleben nicht kennt, halten es die in der internationalen Arbeitsgemeinschaft organisierten drei Millionen europäischen Kriegsoffer für ihre heilige Pflicht, der Gegenwart die grauenvolle Bilanz des vierjährigen Massenmordens immer wieder vor Augen zu führen. Europa hat infolge des Krieges einen Menschenverlust von 45 Millionen erlitten, wovon 10 Millionen auf den Schlachtfeldern geblieben sind, 15 Millionen infolge von Hunger und Überarbeit ins Grab sanken, 20 Millionen nicht geboren wurden; 10 Millionen sind verblüht oder krank in die Heimat zurückgekehrt. Der Wohlstand ganzer Generationen wurde zerstört. Sieger und Besiegte sind in eine drückende Steuer- und Schuldennechtschaft gestürzt, Moral und Zivilisation der Menschheit auf einen unerhörten Tiefstand herabgedrückt worden. Das unermeßliche Menschenleid, das sich in dieser Bilanz ausdrückt, die ungeheure Bedeutung dieser Verluste für die Zukunft der Völker macht es den Zeitgenossen der Kriegskatastrophe zur Pflicht, die heranwachsende Jugend der Welt vor geistiger und feilscher Vergiftung zu warnen, die im Vertrauen auf die Vergeßlichkeit der Menschen und die Abenteuerlust der Jugend von den Anhängern des Krieges und der Gewalt in zunehmendem Maße versucht wird.“

Das ist eine eindringliche Mahnung an die Jugend, ein Appell an die Vernunft. Die Folgen des Krieges sind Not und Elend, Jammer und Verzweiflung, die Menschheit wird von den blutenden Wunden in Jahrzehnten nicht geheilt. Nur gewissenlose Scharlatane und rücksichtslose Verdienner, denen es gleichgültig ist, wie sie zu Reichtum gelangen, können verantwortungslos die Jugend zu neuen Kriegen hegen. Es ist kein Heldentum, unbekannte Soldaten von der anderen Seite zu erschießen, wie es auch keine rühmenswürdige Tat ist, Dörfer und Städte in Schutt und Asche zu verwandeln. Goethe schuf mit seiner Dichtung „Faust“ ein bleibendes Ruhmeswerk, und was haben die großen Kriegshelden für bleibende Werte geschaffen? Ihr Ruhmesweg ist mit toten Menschenleibern gepflastert.

Die Arbeiterjugend darf sich nicht wieder als Kanonensfutter mißbrauchen lassen. Allen Kriegshegern muß ein energisches Zurück zugerufen werden. Wir brauchen Aufbau und Ausbau der Wirtschaft, kulturellen Aufstieg und geistige Bildung der Menschheit, aber keine Vernichtung wirtschaftlicher und geistiger Werte. Jeder Krieg hat wirtschaftlichen Niedergang und geistige Wirrnisse zur Folge, und unsere Gegenwartsnot, unter der gerade die Jugend schwer leidet, ist urfächlich bedingt durch den großen Weltkrieg.

Unser Ziel ist der Sozialismus,

eine Gesellschaft, in der es kein Heldentum auf den Schlachtfeldern mehr gibt, aber ein Heldentum auf dem Gebiet zur Schaffung kultureller und geistiger Werte. Stolz kann die Jugend sein, der es vergönnt war, an der Derwirklichung dieser hohen Menschheitsziele mitzuhelfen. Uns schreckt nicht das Donnern der Kanonen, denn der Geist war immer stärker als die Gewalt.

Ernst Neumann.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Die Rheumheilstätte Bad Bramstedt

Im Jahre 1931 ist in Bramstedt in Holstein ein neues Moorbad für etwa 370 Patienten von den Krankenkassen Hamburgs und Umgebung errichtet worden. Das alte Moorbad wurde stillgelegt und das neue führt den Namen „Rheumheilstätte“.

Das Moor wird in den Moorwiesen aufgenommen und mit Kipploren zum Moorbad befördert. Hier wird in einer Holzwanne aus dem Moor durch Wasserzusehen ein dicker Brei hergestellt. Der Brei wird dann auf 40 bis 42 Grad Celsius erwärmt und dann badet ein Patient 20 Minuten darin. Es ist dies zwar keine angenehme Sache, aber doch wohl bisher das sicherste Mittel, um diese böse Krankheit loszuwerden. Nach dem Moorbad wird dann ein Bad in warmem Wasser genommen und schließlich der Körper in ein angewärmtes Badelaken gewickelt, in Wolldecken geschlagen und auf dem Ruhebett etwa 40 Minuten zum Schwitzen gebracht. Dadurch wird eine langsame Abkühlung des Körpers erreicht. Außer im Moor wird noch in dem braunen Soolwasser gebadet, auch sonstige medizinische Bäder werden verabreicht. Neben dem Bad sind noch Abteilungen zur Behandlung vorhanden für Diathermie, Höhensonne, Inhalation und Pendel (Glieder und Körper bewegen). Das Letztere muß neben der Massage als wesentliche Ergänzung der Bäder angesehen werden.

Besondere Bedeutung kommt bei einer solchen anstrengenden Kur der Nahrung zu; sie muß kräftig und reichlich sein. Was aber in Bramstedt angenehm auffällt, ist, daß zwischen Kassen- und Privatpatienten kein Unterschied gemacht wird. In der Dampfbadkur sowie beim Baden und bei der Behandlung kennt man nur Patienten. Das ist ein wesentliches Plus gegenüber sehr vielen anderen Bädern. Es muß auch als vernünftig anerkannt werden, daß kein Ausschank von Alkoholgetränken stattfindet.

Die Wohnzimmer sind fast alle nach der Sonnenseite gelegen, was gerade beim Rheuma sehr wichtig ist. Alle Zimmer haben fließend Warm- und Kaltwasser. Die Kleiderschränke sind in den Wänden eingebaut. Zum Aufenhalt sind Tagesträume, Les- und Rauchzimmer vorhanden. In jedem Stockwerk stehen 3 Räume zum Stiefelputzen mit Putzzeug zur Verfügung. Der Patient braucht kein Putzzeug mitzubringen. Für Patienten, welche keinen Kragen besitzen, liefert die Verwaltung Kraven. Das Letztere läßt auf solches Verständnis der Verwaltung schließen.

Bei der ärztlichen Versorgung ist noch hervorzuheben, daß während der Badkur ein jüngerer Arzt die Patienten in der Badestelle aufsucht und Wünsche und Anregungen entgegennimmt und den Patienten Ratsschlüsse erteilt. — Alle diejenigen, welche gehen haben wie Patienten an zwei Stücken oder auf Fahrstühlen die Rheumheilstätte aufsuchen und nach Beendigung der Kur ohne Stock das Heim verlassen können, werden von den Trägern der Sozialversicherung verlangen, daß sie als erste bezahlen, solche Heilstätten zu erhalten und auszubauen. Nicht die Verzinsung des angelegten Kapitals darf allein maßgebend sein. Entscheidend muß sein, den Verdiensten und Kranken die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit wiederzugeben. — Mögen die Träger der Sozialversicherung und besonders die Krankenkassen, auch über Hamburg und Umgebungen hinaus, Verständnis aufbringen, die Rheumheilstätte im Interesse der Versicherten zu erhalten und in eigener Regie weiterzuführen. Das Personal der Rheumheilstätte Bramstedt gehört zum Organisationsgebiet des Gesamtverbandes. Es sind rund 100 organisationsfähige Kolleginnen und Kollegen beschäftigt. Den Lohn- und Gehaltsabbau hat ein Teil der Beschäftigten benutzt, die Organisation zu verlassen. Ob die Organisation nach Meinung einzelner die ganze Frage richtig oder falsch behandelt hat, darf niemals Grund zum Aufgeben der Organisation sein. Die jahrzehntelange Erfahrung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes hat gelehrt, daß eine gewerkschaftliche Organisation in den öffentlichen und sozialen Betrieben und Anstalten ebenso wichtig ist wie in jedem Privatbetrieb.

Gewiß sind in den großen und neuen Heilstätten heute die Wohn- und Verpflegungsverhältnisse besser als früher, aber es muß doch immer wieder gesagt werden, daß das in erster Linie das Verdienst der freigewerkschaftlichen Organisation ist. Gerade in solchen sozialen Anstalten waren die Wohn- und Arbeitsverhältnisse früher oft skandalös. Erst der Zusammenschluß der dort Beschäftigten in der Organisation hat halbwegs erträgliche Verhältnisse geschaffen.

Zum Schluß soll noch erwähnt werden, daß die Rheumheilstätte erfreulicherweise alle Arbeiten in eigener Regie ausführt, wie die Beschaffung des Moors, die Reinigung und Ausbesserung der Wäsche. Es bleibt nur zu wünschen, daß die Rheumheilstätte Bramstedt auch bald in der Organisation des Personals mustergültig ist.

G. Torge, Berlin.

Sozialismus und Weltsprache Esperanto

Ueber die Durchführung des Sozialismus ist schon viel geschrieben worden. Wenn nun der Sozialismus nur von den Arbeitern gefordert wird, wofür sie auch kämpfen werden, und der große Teil der sogenannten „Bürger“ dem Sozialismus feindlich gegenüberstehen, weil sie dem Irrtum verfallen sind, ihre Privilegien dadurch zu verlieren, so müssen wir aber in Betracht ziehen, daß wir Arbeiter etwas gebrauchen, um uns international mit den Arbeitern der anderen Staaten auch verständigen zu können. Das ist die Sprache! Denn es genügt nicht, ihre Landesgrenzen zu beseitigen, sondern vor allen Dingen die Sprachgrenzen. Ja, nur die Sprachen sind der Trennungstrieb zwischen den Arbeitern der ganzen Welt. Die „Bürger“ wissen, warum sie ihre Kinder fremdländische Sprachen lernen lassen. Weil sie durch sie die Möglichkeit haben, auch im Ausland in ihren Berufen weiterzukommen. Leider ist es den meisten Arbeiterkindern nicht möglich, höhere Schulen zu besuchen, um sich Sprachkenntnisse anzueignen. Auch darf die Volksschule nach der augenblicklichen Weltordnung nicht einen derartigen Aufbau erfahren, daß sie zum Teil die höheren Schulen ersetzt.

Nun unterscheiden wir „bevorzugte“ Sprachen und solche, die nur in den Ländern heimisch sind, wo sie gesprochen werden. Unter den „bevorzugten“ verstehen wir die englische, französische, italienische und die deutsche Sprache. Um uns mit den Arbeitern der anderen Staaten verständigen zu können, müßten wir doch wenigstens diese Sprachen verstehen. Ausreichen würden diese ja nicht, weil ja noch viel mehr andere Sprachen existieren. Derchiedentlich ist von prominenten Persönlichkeiten gefordert worden, eine der „bevorzugten“ als Weltsprache einzuführen. Die Folge war, daß jede der Nationen wünschte, daß ihre Sprache die Weltsprache würde.

Dieser Streit würde fort dauern, wenn nicht Dr. Zamenhoff, geboren zu Bialystok in Polen, wüßte, warum die Arbeiter der ganzen Welt nicht genügend Solidarität zueinander üben, nämlich, weil ihnen die Verständigungsmöglichkeit fehlt. Sie werden durch die nationalen Phrasen derart verwirrt, daß sie glauben, in den ausländischen Arbeitern den Feind zu sehen. Dr. Zamenhoff schuf eine Sprache, die es allen Arbeitern der Welt ermöglicht, sich zu verständigen. Um dem Streit ein Ende zu machen, eine der bevorzugten Sprachen als Weltsprache einzuführen, verband er sämtliche Sprachen zu nur einer Sprache. Die damalige russische Reaktion, an der Spitze der Zar, bekannt als Feind der vorwärtsstrebenden Arbeiter, machte Dr. Zamenhoff bei seiner Arbeit für die unterdrückten Arbeiter Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten. Dr. Zamenhoff nannte die geschaffene Sprache „Esperanto“, weil er sie unter dem Pseudonym „Dr. Esperanto“ fertiggestellt hatte. Zu Beginn als Hilfsp Sprache gezeichnet, kann man heute von einer wirklichen Weltsprache reden. Sie hat eine derartige Bedeutung erlangt, daß ihre Existenz kaum noch fortzudenken ist. Bewiesen wird dies schon dadurch, daß der im August 1932 in Paris abgehaltene Kongreß von 1700 Delegierten aus 46 Ländern beschied war. Der vorhergegangene Kongreß in Stuttgart wies nur eine Teilnehmerzahl von 900 Personen aus 26 Ländern auf.

Wenn auch das Ausland in der Förderung des Esperanto Deutschland voran ist, so muß doch bemerkt werden, daß in Deutschland bereits 1700 Volksschullehrer die Sprache beherrschen und an vielen Volksschulen Esperanto Lehrfach ist. Hinzu kommt, daß von vielen Organisationen, vor allem in den Jugendorganisationen, in Abendkursen Esperanto gelehrt wird. Selbst im Verkehrsgewerbe, sei es auf der Eisenbahn oder Straßenbahn, ist das Eindringen des Esperanto fühlbar, weil das Personal es für notwendig hielt, sich Esperanto anzueignen. Die Erlernung ist leicht. Die Sprache besteht aus einem Stamm von Wörtern, die durch Vorsetzen oder Anhängen von Suffixen zu neuen Wörtern umgebildet werden. — Ortsgruppen der Esperantisten bestehen fast in jeder Stadt. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, allen Interessenten Esperanto zu lehren, und zwar kostenlos. Eine rege Tätigkeit für die Abhaltung neuer Herbstkurse hat eingesetzt.

J. Pusch.

Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

5 109 000 Arbeitslose wurden von den Arbeitsämtern am 31. Oktober gezählt. Gegenüber Mitte Oktober ist die Zahl der Arbeitslosen um 41 000 gesunken.

In dem **Allensteiner Bombenattentäterprozeß** wurden die angeklagten Nationalsozialisten zu neun Monaten bis zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

2500 Maßregelungen hat die Berliner Verkehrsgesellschaft im Anschluß an den von Nationalsozialisten und Kommunisten gemeinsam geführten politischen Streik ausgesprochen. Unser Gesamt-Verband bemüht sich, diese Maßregelungen rückgängig zu machen.

12 Tote und 65 Verletzte gab es am 10. November 1932 in Genf durch Einschreiten von Polizei und Miliztruppen gegenüber einer sozialistischen Demonstration. Ein seit Monaten in der Hauptsache durch Sozialdemokraten aufgedeckter Korruptionsskandal größten Ausmaßes nationalistischer Kreise hat zu einer öffentlichen Versammlung der „Union Nationale“ geführt, in der heftige Angriffe gegen die sozialdemokratischen Führer gemacht wurden. Eine sozialdemokratische Gegendemonstration wurde durch Militär und Polizei zusammengeschossen.

Die **Gemeindewahlen in Lübeck** am 13. November hatten folgendes Ergebnis: SPD. 30 317 (32 036), KPD. 9940 (9894), NSDAP. 27 681 (31 613), Hanseatischer Volksbund 5010 (—), Zentrum 765 (964), Staatspartei 1314 (1003), Haus- und Grundbesitzer 4135 (—), Dnatl. 3791 (5788).

Roosevelt erhielt am 8. November 14 627 000 Stimmen. Der seitherige Präsident Hoover dagegen nur 10 704 000 Stimmen. Der erstere wird somit zum Präsidenten von USA. gewählt.

In **Holland** haben die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Niederländische Gewerkschaftsbund eine große Protestkundgebung gegen die reaktionäre Finanzpolitik der Regierung veranstaltet. Die Kundgebung wendet sich gegen die Absicht der Regierung, Löhne und Gehälter abzubauen und die Arbeitslosenunterstützung herabzusetzen.

Aus unserer Bewegung

Grimma. Im schön angelegten Turnerheim „Sportpark 05“ ließ Kollege Miersch, Dresden, die Versammelten eine Reise um die Welt erleben. Die scharfen, bunten Bilder von fast plastischer Kraft, begleitet von den belehrenden und aufklärenden Worten des Vortragenden, ließen den Sinn der Worte „Diese Welt muß unser sein!“ recht deutlich werden. Kollege Näther ehrte dann die Kollegen Bruno Thiemig und Hermann Weiske namens des Hauptvorstandes sowie der Ortsverwaltung durch Ueberreichung silberner Verbandsnadeln, Glückwunschnadeln und Buchpenden für 25jährige treue Mitgliedschaft. Drei Neuaufnahmen konnten als Erfolg des Werbeabends gebucht werden. Durch diesen Abend soll der Boden für die Hausagitation fruchtbar gemacht werden.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Hermann Müller-Lichtenberg ist am 13. November, 64 Jahre alt, gestorben. Der Verstorbene war von Beruf Lithograph. 1898 wurde er Redakteur des Bochumer „Volksblatts“, ging aber im Jahre 1900 nach Bremen, wo er zusammen mit dem späteren Reichspräsidenten Ebert das Arbeitersekretariat leitete. 1905 berief ihn die Generalkommission der Gewerkschaften in das Zentralarbeitersekretariat, dem er viele Jahre hindurch mit Robert Schmidt und Rudolf Wissell vorstand. 1924 wurde er stellvertretender Vorsitzender des ADGB. Zahlreich sind seine sozialpolitischen Schriften. Besonders erwähnenswert ist sein umfangreiches Werk „Geschichte der Lithographen“, die allgemein-gewerkschaftliches Interesse hat. Nach dem Kriege wurde Müller Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags von 1928 bis 1932. Mit ihm, der zum Unterschiede von dem Reichskanzler gleichen Namens den Zunamen Lichtenberg führte, ist ein schaffensreicher, pflichteifriger Streiter der modernen Arbeiterbewegung dahingegangen.

Gewonnen

hat ohne weiteres der Käufer, der aus Grundsatz nur Bewährtes kauft.

Der Gewinn für alle Raucher ist die Entscheidung, Salem zu rauchen.

Das machte diese Zigarette zur führenden Deutschlands.

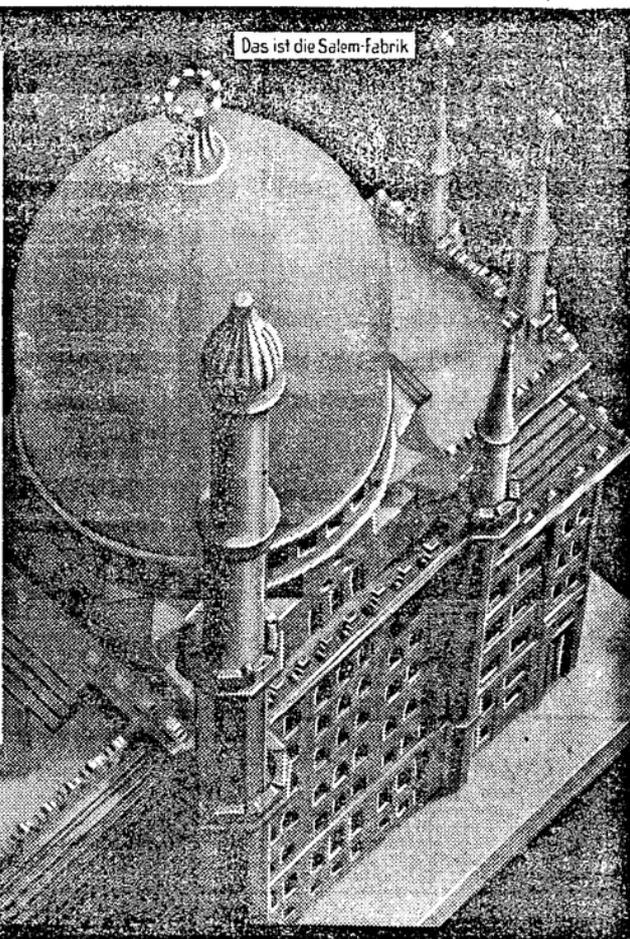
Die milde

SALEM

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.

3 1/3 8

Das ist die Salem-Fabrik



Lungenkranke

und ihre Aerzte lob. begeistert, die erstaunlich. Erfolge der Silphoscalin-Eehandlung in solch. u. ähnl. Originalber.: Schw. aus. ichtsl. Lungenleid. d. Silphoscalin bes. Fieber, Nachschw. Hust. Ausw. schwand. Kol. App. 36 Pt. Gewichtszunahme in 5 Mon.; bel fachärztl. Nachkontr. Ausw. bazillenfr. Durch Silphoscalin kann die Hoffn. v. Lungenkr. Asthmaiker. Bronchit. erl. w. 80 Fabl. Silphoscalin 3M. In all. Apothek. best.: Rosen-Apothek. 122 München 2/M7

Die neuen

Notizkalender 1933

sind erschienen

Wir bringen wieder heraus:

Allgemeiner Notizkalender 1933
für alle Berufsgruppen

Luft- u. Kraftfahrt-Kalender 1933
für Kraftfahrer und Flugzeugführer

Straßen- und Privatbahner-Kalender 1933
für Straßen- und Privateisenbahner

Allgemeiner Deutscher Gärtnerkalender 1933
für Gärtner, Park- u. Friedhofsarbeiter

Landstraßenwärter-Notizkalender 1933
für Landstraßenwärter

Feuerwehr-Taschenbuch 1933
für Berufsfeuerwehrmänner

Alle Notizkalender haben wieder die bekannte gute Ausstattung und umfangreichen, interessanten Inhalt

Jeder Kalender kostet 60 Pf.
Das Feuerwehr-Taschenbuch kostet 75 Pf.

Bestellungen für Kalender nimmt jede Ortsverwaltung entgegen

Lest den Volksfunk ALLES BILLIGER!
Westfalia Werkzeug Co. Hagen 101 i. W. Werkzeugliste gratis



Man fertigt sich alles selbst d. die schöne Laubsägerei. Kat. gratis.
J. BRENDL
Limburgerhof 95, Pfalz



Einmal nur Prellkling!
Korbmöbel
Niedrig. Preise, direkt ab Fabrik, franko-Lieferung - 10 Monatsraten
Schlager: 3teilige Polstergarnitur Mk. 30.- Katalog gratis
Korbmöbelfabrik Böhmer
Oberlangenstadt 555, Lichtenfels - Land

JOSEF WITT, WEIDEN OPE



der Welt größtes Spezial-Versandhaus der Art
in Baumwollwebwaren
mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken

4 000 Arbeiter und Angestellte in eigenen Betrieben
30 000 Dfd. Baumwollgarne tägliche Fertigung in eigenen Baumwoll-Spinnereien
105 000 Meter Baumwollstoffe tägliche Fertigung in eigenen Webwaren-Fabriken
80 000 Meter Baumwollstoffe tägliche Fertigung im Veredeln in eigenem Ausrüstungswerk.

Alle diese Webwaren, welche von den rohen Baumwollpflanzen bis zum fertigen Stoff in meinen eigenen Fabriken hergestellt werden, werden direkt ohne Zwischenhandel an meine Verbraucher-Kundschaft weitergeliefert.
Gewaltige Mengen Waren, vielfach ganze Eisenbahn-Waggons-Ladungen werden außerdem ungeheuer günstig erworben.

1 Million Warensendungen haben meine alten und **380 000** Kunden im letzten Jahre nachbestellt.

Warum haben diese ungeheuren Massen meiner Kunden, nachdem sie meine Waren gesehen hatten, wiederholt meine Waren nachgekauft? — Ihre Antwort wäre mir auf diese Frage sehr interessant und besonders erwünscht!

Die Rohbaumwolle, aus welcher meine Stoffe hergestellt werden, ist seit August gewaltig im Preise gestiegen, weshalb auch Baumwollstoffe bedeutend teurer wurden.

Jetzt habe ich noch gewaltige Mengen dieser Rohstoffe aus der billigen und billigsten Zeit! Daher heute noch diese ungeheuer niedrigen Preise!

Diese Preise sind sofort ungültig, wenn ein Inserat mit höheren Preisen erscheint.

| Nr. | Bezeichnung | Mt. Dfg. | Nr. | Bezeichnung | Mt. Dfg. | Nr. | Bezeichnung | Mt. Dfg. |
|-----|--|----------|-----|--|----------|-----|---|----------|
| 81 | Vorhangstoffe, (fog. Gardinen), indanthrenfarbig gestreift, durchsichtig gewebt, etwas geringere Sorte 70 cm breit | .12 | 86 | Weißes Hemden-tuch, mittelstarkfädig, dicht geschlossene, vorzügliche Qualität, für bessere Leib- und Bettwäsche 80 cm breit | .34 | 91 | Wischtücher, solide, haltbare Sorte, 45x45 cm per Stück | .10 |
| 82 | Baumwoll-gewebe, ungebleicht, bessere, ziemlich dicke Sorte 78 cm breit | .14 | 87 | Hemdenflanell, bef. reißfeste, überaus haltbare Qualität, mit garantiert waschechtem Streifenmuster 75 cm breit | .32 | 92 | Wischtücher, torierte Muster, bessere sehr strapazierbare bewährte Qualität, 55x55 cm per Stück | .20 |
| 83 | Ungebleichtes Baumwolltuch, prima, fast unbertüllt, lich im Gebrauch 78 cm breit | .28 | 88 | Hemdenflanell, meine beste Sorte dieser Art, vorzügliche, dichtgeschlossene, feinfädige, fast unbertüllt. Qualität, mit garant. waschechtem Streifenmuster 80 cm breit | .38 | 93 | Krotlierhand-tücher, aus vorzüglichem Kräuselstoff, mit schönen, eingewebten Mustern, welche angen. Sorte, 45x100 cm per Stück | .55 |
| 84 | Ungebleichtes Baumwolltuch, besonders starke, fast unbertüllt, für strapazierbare Betttücher usw. 140 cm breit | .68 | 89 | Hemdenjerse, sehr gute, mittelstarkfädige Sorte, besonders haltbar, mit etwas gedachten, mittelstarkfädigen Mustern, garantiert waschecht 80 cm breit | .35 | 94 | Taschentücher, weiß, bessere Sorte, mit weißen, eingewebten Effektfäden an der Kante, mittelstarkfädig, 40x40 cm per 1/2 Duzend | 1.- |
| 85 | Weißes Hemdentuch, solide Gebrauchstware, rein weiß gebleicht 70 cm breit | .18 | 90 | Handtuchstoff, kräftige Strapazier-qualität, 40 cm breit | .28 | 95 | Schlafdecken, lamellhaarig, schwere, strapazierbare Sorte, aus solidem Material, daher haltbare, weiche, warme Qualität, Größe 130x190 cm per Stück | 2.75 |

Trotz dieser niedrigen Preise wird jedem Paket eine hübsche, guisgehende Standuhr beigelegt.

Auf Wunsch werden statt der Standuhr Nr. 1.10 in bar vergütet, welcher Betrag an der Rechnung in Abzug gebracht wird.

Es genügt, wenn Sie bei Bestellungen die Nummer und die Meterzahl von den gewünschten Artikeln angeben. — An einen Besteller wird von jedem Artikel bis 100 Mr. bezw. bis 100 Stück abgegeben. — Versand erfolgt bei Nachnahme von Nr. 10.— an; portofreie Lieferung von Nr. 20.— an. — Meine Garantie: Auf Wunsch sofortige Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages.

Josef Witt, Weiden 58 Opf.
der Welt größtes Spezial-Versandhaus der Art in Baumwollwebwaren mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken. T 19/1